



Inhalt

Miet- und Immobilienrecht

Von Michael Drasdo

<i>M. Drasdo</i> , Kündigung im vom Vermieter bewohnten Zwei-Wohnungen-Haus	481
Mietvertragsende bei Ausübung des Vorkaufsrechts durch einen Mieter (BGH)	482
Mieters „Zwangsmitgliedschaft“ in Werbegemeinschaft kraft Miet-AGB (BGH)	482
Grundbuchfähigkeit der Wohnungseigentümergeinschaft (OLG München)	483

Familienrecht

Von Martin Haußleiter und Barbara Schramm

Darlegungs- und Beweislast bei konkreter Bedarfsermittlung (OLG Hamm)	484
Konkreter Bedarf bei unwirksamer Trennungsunterhaltsvereinbarung (OLG Düsseldorf)	484
Nachträgliche Tilgungsbestimmung für rückständigen Kindesunterhalt (OLG Brandenburg)	485
Bestimmung der Religionszugehörigkeit eines Kleinkindes (OLG Karlsruhe)	485
Beachtlichkeit des Willens eines nicht mehr ganz jungen Kindes (OLG Saarbrücken)	486

Erbrecht

Von Wolfgang Roth

<i>W. Roth</i> , Der Auslegungsvertrag in der Erbrechtspraxis	487
Annahmeerklärung des Testamentsvollstreckers für Grundbuchamt (OLG München)	488
Keine Prozesskostenhilfe für verstorbenen Antragsteller (OLG Düsseldorf)	488

Verkehrsrecht

Von Rainer Heß und Michael Burmann

Abschleppkosten nach berechtigter Geschäftsführung ohne Auftrag (BGH)	489
Versicherungsschutz auf täglichem Arbeitsweg bei Alkoholisierung (LSG Schleswig-Holstein)	489
Verschulden bei Kollision von Traktoren auf enger Straße (OLG Hamm)	490
Inline-Skates sind keine Fahrzeuge (LG Landshut)	491

Baurecht

Von Stefan Weise und Tobias Hänsel

<i>V. Schmidt</i> , Der Umgang mit „uralten“ Architekten- und Ingenieurverträgen	492
Keine Abnahme durch den Bauträger-Erstverwalter (BGH)	493
Ansprüche des Anliegers bei Straßenbauarbeiten (OLG Koblenz)	494
Arglisthaftung des bauüberwachenden Architekten (OLG Brandenburg)	494

Gesellschaftsrecht

Von Dieter Leuering und Daniel Rubner

Ausfallhaftung nach Einziehung von Geschäftsanteilen (BGH)	495
Keine Löschung einer Gesellschafterliste (KG)	495
Grenzüberschreitender Formwechsel einer S.à r. l. in eine GmbH (KG)	496
Sozialversicherungspflicht eines Minderheitsgesellschafters (LSG Rheinland-Pfalz)	497
Anmeldung zum Handelsregister durch Bevollmächtigten (OLG Düsseldorf)	497

Arbeitsrecht

Von Marcel Grobys und Robert von Steinau-Steinrück

R. von Steinau-Steinrück, Neues zum Schadensersatz bei Streik 498
 Grundrechtsbindung im Stellenbesetzungsverfahren bei einer GbR (BAG) 499
 Urlaubsabgeltung bei Eintritt in den Ruhestand (EuGH) 500
 Wiedereinsetzung in den vorigen Stand bei Anwaltsfehlern (BAG) 500

Insolvenzrecht

Von Michael Dahl und Raul Taras

Versagung der Restschuldbefreiung (BGH) 501
 Anspruch aus vorsätzlicher Verletzung der Unterhaltspflicht (BGH) 501
 Grund für Gruppenbildung (AG Köln) 502
 Anfechtung des „Stehenlassens“ eines Darlehens (AG Potsdam) 503

Strafrecht

Von Klaus Leipold und Stephan Beukelmann

S. Beukelmann, Betäubungsmittel als Teil des strafrechtlich geschützten Vermögens 504
 Neuregelung der Vorratsdatenspeicherung (BVerfG) 505
 Strafzumessung bei Missbrauch (BGH) 505
 Tateinheit beim Betäubungsmittelhandel (BGH) 505
 Berücksichtigung der Vermögensverhältnisse bei Schmerzensgeld (BGH) 506
 Unterlassen von Rettungsmaßnahmen nach Beihilfe zum Suizid (OLG Hamburg) 506

Verfahrens- und Kostenrecht

Von Norbert Schneider

Streitwert nach Widerruf eines Darlehensvertrags (KG) 507
 Höherer Verfahrenswert im Beschwerdeverfahren (OLG Dresden) 507
 Eine Angelegenheit bei Klage und Widerklage (OLG Stuttgart) 508
 Kein Vergleichsmehrwert durch Erledigung des Zustimmungsverfahrens (LAG Nürnberg) ... 509
 Kostenerstattung bei fristwahrender Berufung (LAG Köln) 509

Anwalt und Kanzlei

Von Christian Dahns

C. Dahns, Fortbildungsmöglichkeiten für Fachanwälte 510
 Unzulässige Verauslagung für den Mandanten (BGH) 511

ISSN 1613-4621

NJW Spezial

Die wichtigsten Informationen zu speziellen Rechtsgebieten

Schriftleitung:

Rechtsanwalt *Tobias Freudenberg*, Beethovenstraße 7b, 60325 Frankfurt a.M., Postanschrift: Postfach 11 02 41, 60037 Frankfurt a.M., Telefon: (069) 75 60 91-0, Telefax: (069) 75 60 91-49. E-Mail: njw@beck-frankfurt.de Internet: www.njw.de

Redaktion:

Rechtsanwältin *Nathalie Dennier* (Verkehrsrecht); Rechtsanwalt *Tobias Freudenberg* (Insolvenzrecht); Rechts-

anwältin *Antje Glinski* (Anwalt und Kanzlei); Rechtsanwältin *Irina Huth* (Familienrecht); Rechtsanwalt *Dr. Andreas Kappus* (Miet- und Immobilienrecht); Rechtsanwältin *Dr. Maria Naucke-Lönker* (Erbrecht und Schlussredaktion); Rechtsanwältin *Esther Noske*, LL.M. (Verfahrens- und Kostenrecht sowie Koordination); Rechtsanwalt *Prof. Dr. Achim Schunder* (Arbeitsrecht); Rechtsanwältin *Dr. Monika Spiekermann* (Bau-recht); Rechtsanwalt *Dr. Stephan Tausch* (Strafrecht); Rechtsanwalt *Prof. Dr. Martin Weber* (Gesellschaftsrecht).

Urheber- und Verlagsrechte: Alle in dieser Zeitschrift veröffentlichten Beiträge sind urheberrechtlich geschützt. Das gilt

auch für die veröffentlichten Gerichtsentscheidungen und ihre Leitsätze, denn diese sind geschützt, soweit sie vom Einsender oder von der Schriftleitung erarbeitet oder redigiert worden sind. Der Rechtsschutz gilt auch gegenüber Datenbanken und ähnlichen Einrichtungen. Kein Teil dieser Zeitschrift darf außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ohne schriftliche Genehmigung des Verlags in irgendeiner Form vervielfältigt, verbreitet oder öffentlich wiedergegeben oder zugänglich gemacht, in Datenbanken aufgenommen, auf elektronischen Datenträgern gespeichert oder in sonstiger Weise elektronisch vervielfältigt, verbreitet oder verwertet werden.

Verlag: Verlag C.H.BECK oHG, Wilhelmstr. 9, 80801 München, Postanschrift: Postfach 40 03 40, 80703 München, Telefon: (089) 3 81 89-0, Telefax: (089) 3 81 89-3 98, Postbank München IBAN: DE82 7001 0080 0006 2298 02, BIC: PBNKDEFFXXX.

Erscheinungsweise:

Zweimal im Monat als Beilage zur NJW.

Bezugspreis 2016:

Der Bezugspreis von NJW-Spezial ist im Bezugspreis von NJW enthalten. Jahrestitele und -register sind nur noch mit dem jeweiligen Heft lieferbar.

Druck: Mayr Miesbach GmbH, Am Windfeld 15, 83714 Miesbach.

INHALT

Aufsätze

Jürgen Stamm

Schuldnerschutz und Rechtskrafterstreckung bei Unkenntnis der Abtretung 2369

Anliegen des Beitrags ist es, die Zuordnung und das Verständnis der ambivalenten Regelung des § 407 II BGB an der Nahtstelle zwischen materiellem Zivilrecht und Verfahrensrecht zu erhellen und Impulse für eine gesetzesübergreifende Auslegung zu geben.

Heinrich Nemecek

Transportkosten im Kaufrecht und Nacherfüllungsort 2375

Einer der Streitpunkte zur Bestimmung des kaufrechtlichen Nacherfüllungsorts betrifft sein Verhältnis zur Kostentragungspflicht gem. § 439 II BGB. Der Beitrag geht auf verschiedene Konstellationen ein und untersucht, inwieweit Aufwendungen des Käufers erstattungsfähig sind.

Marc-Philippe Weller / Chris Thomale / Nina Benz

Englische Gesellschaften und Unternehmensinsolvenzen in der Post-Brexit-EU 2378

Der Beitrag geht der Frage nach, welche Konsequenzen der Brexit für Gesellschaften aus dem Vereinigten Königreich und für dort durchgeführte Sanierungs- und Insolvenzverfahren hat. Er beleuchtet zudem die Chancen für die internationale Wettbewerbsfähigkeit des deutschen Unternehmensrechts.

Zur Rechtsprechung

Ulrich Loewenheim

Das BGH-Urteil zur Verlegerbeteiligung an den Einnahmen der VG Wort 2383

(BGH, NJW 2016, 2418)

Bericht

Nikolaus Stackmann

Aktuelle Rechtsprechung zum Bankrecht 2387

Forum

Hans-Jürgen Papier

Asyl und Migration als Herausforderung für Staat und EU 2391

NJW-aktuell

Editorial	3	Standpunkt	15	Im Profil	20
Welche Kenntnisse braucht ein Familienrichter?		Arzneimitteltests an einwilligungsunfähigen Personen		Neuer Chef fürs BSG	
I. Götz		J. F. Lindner		J. Jahn	
Agenda	6	Pro und Contra	17	Rubrikenmarkt	25
Meldungen / Kolumne	7	Staatsziel Nachhaltigkeit?		web.report	36
Gesetzgebung	8	J. Wieland / J. H. Klement		Stellenmarkt	37
Rechtsprechung in Kürze	8	Haftungsseite	18	Beck'sche Zeitschriften	50
Entscheidung der Woche	9	Steuroptimierte Gestaltung als Anwaltpflicht?		Buchhinweise	52
Leserforum	10	D. Karadag		Personalien	54
Interview	12	Wissenschaft & Hochschule	19	Heftvorschau/Impressum	56
Wie hält man Referendare im Land?		Projekt zu Mehr- und Kinderehen in Syrien			
U.-M. Kuder		N. Yassari			

INHALT



Rechtsprechung

Europäische Gerichte		
EuGH 31.05.16 – C-117/15 Öffentliche Wiedergabe durch Bereitstellen von Fernsehgeräten in Rehabilitationszentrum	2397	BGH 12.01.16 – XI ZR 366/15 Streitwert bei Widerruf eines Darlehensvertrags 2428
EuGH 21.04.16 – C-377/14 Erstreckung der Amtsprüfungspflicht nach AGB-Recht auf Insolvenzverfahren (Ls.)	2400	OLG Köln 24.02.16 – 16 U 50/15 Haftung des Architekten und des Tragwerkplaners wegen kaum nutzbaren Stellplatzes 2430
Verfassungsgerichte		OLG Karlsruhe 03.05.16 – 20 UF 152/15 Streit über die religiöse Erziehung des Kindes 2433
BVerfG 31.03.16 – 2 BvR 929/14 Geltung deutschen Arzneimittelpreissetzes für im Versandhandel eingeführte Arzneimittel	2401	Strafgerichte
Zivilgerichte		BGH 02.02.16 – 1 StR 435/15 Prostitutionsentgelt als Vermögensbestandteil und Betrugsschaden (Anm. M. Gräfin von Galen) 2434
BGH 26.04.16 – VI ZR 563/15 Angebot des Versicherers auf Vermittlung einer günstigen Anmietalternative	2402	BGH 02.03.16 – 1 StR 433/15 Vermögensschaden beim Betrug (Ls.) 2438
BGH 16.02.16 – X ZR 97/14 Verlangen vollständiger Flugpreiszahlung bereits mit Vertragsschluss (Anm. K. Tonner) 2404	2404	Verwaltungsgerichte
BGH 11.03.16 – V ZR 102/15 Aufwendungsersatz für die Entfernung eines Pkw von einem Privatgrundstück	2407	OVG Hamburg 26.11.15 – 4 Bf 121/14 Keine Förderung der Kinderbetreuung im Verwandtenverhältnis 2439
BGH 05.04.16 – XI ZR 440/15 Schadensersatzpflicht einer Bank wegen Verlangens der Vorlage eines Erbscheins (Anm. L. Kroiß) 2409	2409	Arbeitsgerichte
BGH 04.02.16 – IX ZR 77/15 Anspruch auf Rückgewähr einer unentgeltlichen Leistung mangels Entreichung	2412	BAG 17.12.15 – 8 AZR 421/14 Unmittelbare Benachteiligung wegen der sexuellen Identität – Bewerberauswahl (Anm. J.-H. Bauer) 2443
BGH 29.01.16 – V ZR 285/14 Rückgewähr einer Grundschuld durch Erteilung einer Löschungsbewilligung	2415	Finanzgerichte
BGH 21.04.16 – I ZR 198/13 Keine pauschale Beteiligung von Verlagen an Einnahmen der VG Wort – Verlegeranteil 2418	2418	BFH 13.04.16 – II R 55/14 Erbschaftsteuer für Vorerbfall nach Tod des Vorerben – Rechtsprechungsänderung 2447
		BFH 09.03.16 – X R 46/14 Aufwand des Unternehmer-Ehegatten für Betriebsgebäude auf gemeinsamem Grundstück (Ls.) 2448

Mit Beilage: NJW-Spezial Heft 16/2016

Miet- und Immobilienrecht
Kündigung im vom Vermieter bewohnten Zwei-Wohnungen-Haus

Familienrecht
Darlegungs- und Beweislast bei konkreter Bedarfsermittlung

Erbrecht
Der Auslegungsvertrag in der Erbrechtspraxis

Verkehrsrecht
Abschleppkosten nach berechtigter Geschäftsführung ohne Auftrag

Baurecht
Umgang mit „uralten“ Architekten- und Ingenieurverträgen

Arbeitsrecht
Neues zum Schadensersatz bei Streik

Insolvenzrecht
Versagung der Restschuldbefreiung

Strafrecht
Betäubungsmittel als Teil des strafrechtlich geschützten Vermögens

Anwalt und Kanzlei
Fortbildungsmöglichkeiten für Fachanwälte

Alle Rubriken
Rechtsprechungsübersichten

Herausgeber

Professor Dr. Dr. Eric Hilgendorf, Würzburg
Professor Dr. Matthias Jestaedt, Freiburg i.Br.
Professor Dr. Herbert Roth, Regensburg
Professor Dr. Astrid Stadler, Konstanz

Professor Dr. Bernhard Großfeld, Münster (bis 2000)
Professor Dr. Christian Starck, Göttingen (bis 2006)
Professor Dr. Dr. h.c. Rolf Stürner, Freiburg i.Br. (bis 2012)

Redaktion

Martin Idler, Tübingen

Mohr Siebeck

15/16 71. Jahrgang
12. August 2016

JZ Juristen Zeitung

Inhalt

Aufsätze

Professor Dr. Dr. h.c. **Kay Hailbronner**
und Professor Dr. **Daniel Thym**
Grenzenloses Asylrecht? Die Flüchtlingskrise als
Problem europäischer Rechtsintegration **753**

Professorin Dr. **Daniela Winkler** und **Kai Schadtle**
Ausreisefreiheit quo vadis? **764**

Privatdozent Dr. **Daniel Oliver Effer-Uhe**
Die Berechnung von Rückwärtsfristen – zugleich
eine Stellungnahme zur Dogmatik des Zugangs
von Willenserklärungen **770**

Dr. **Christian Becker** und **Jule Martenson**
Asche zu Asche, Staub zu Staub – Wortlaut,
möglicher Wortsinn und Sprachspielabhängigkeit
von Bedeutung **779**

Besprechungsaufsatz

Professor Dr. **Peter Mankowski**
Verbraucherschützendes Widerrufsrecht
und Rechtsmissbrauch **787**

Umschau

Glückwünsche

Reinhard Greger zum 70. Geburtstag
Dr. **Jörn Heinemann** **793**

Hans Hugo Klein zum 80. Geburtstag
Professor Dr. **Kyrill-A. Schwarz** **794**

Literatur

Katrin Gierhake: Der Zusammenhang von Freiheit,
Sicherheit und Strafe im Recht. Eine Untersuchung zu
den Grundlagen und Kriterien legitimer Terrorismus-
bekämpfung
Professorin Dr. **Bettina Weißer** **794**

Entscheidungen

BVerfG, 3. 11. 2015 – 2 BvR 2019/09
mit Anmerkung von
Professor Dr. **Michael Stürner**, M.Jur. (Oxon)
Zulässigkeitsvoraussetzungen einer Verfassungsbeschwerde
gegen die Zustellung einer US-amerikanischen Klage **796**

BGH, 16. 3. 2016 – VIII ZR 146/15
Ausübung des Widerrufsrechts nach erfolglosem
Verlangen eines Preisnachlasses **803**

JZ Information

Aktuelles aus der Rechtsprechung **467***
Aus dem Inhalt der nächsten Hefte **467***
Gesetzgebung **468***
Entscheidungen in Leitsätzen **469***
Neuerscheinungen **481***
Zeitschriftenübersicht **492***
Sammelwerke **497***
Impressum **498***

ÖSTERREICHISCHES NOTARIAT ZEITUNG

148. JAHRGANG

07
2016

MONATSSCHRIFT FÜR NOTARIAT UND VERFAHREN AUSSER STREITSACHEN



Aus dem Inhalt:

BEITRAG

Christian Rabl und Lukas Herndl:

Die Auslegung gesellschaftsvertraglicher Wettbewerbsverbote für GmbH-Gesellschafter

Seite 241

RECHTSPRECHUNG

Nachweis des Eintritts aufschiebender Bedingung bei vorliegendem rechtskräftigen und vollstreckbaren Urteil nicht erforderlich *Hans Hoyer*

Seite 251

VfGH zur Verfassungswidrigkeit der undifferenzierten Ausnahme des außerstreitigen wohnungseigentumsrechtlichen Verfahrens vom Parteiantrag auf Normenkontrolle *Karl Stöger*

Seite 256

Bestimmtheit des Rechtsmittelanspruchs

Seite 275

Verfahren nach der Winkelschreiberei-Verordnung *Peter G. Mayr*

Seite 276

REDAKTION: Ludwig Bittner, Hans Hoyer, Waldemar Jud, Elisabeth Lovrek, Peter G. Mayr, Christian Rabl, Alexander Schopper, Rudolf Welser, Alexander Winkler. BEIRAT: Hans Georg Ruppe, Karl Stöger, Wolfgang Zankl.

Inhalt

Beitrag

Christian Rabl und Lukas Herndl

Die Auslegung gesellschaftsvertraglicher Wettbewerbsverbote für GmbH-Gesellschafter 241

Rechtsprechung

Grundbuch, Wohn- und Liegenschaftsrecht

Zum Notweageantrag ist nur der Eigentümer der notleidenden Liegenschaft legitimiert –

OGH 30. 7. 2015, 8 Ob 71/15x: §§ 5, 14, 154 AußStrG; §§ 4, 21, 33 Abs 1 lit d GBG; §§ 1, 9 NWG; §§ 431, 798 a ABGB 249

Nachweis des Eintritts aufschiebender Bedingung bei vorliegendem rechtskräftigen und vollstreckbaren Urteil nicht erforderlich –

OGH 25. 9. 2015, 5 Ob 116/15 t: § 1 Z 1, § 350 EO; §§ 26 ff, 33, 94 GBG (Anmerkung von Hans Hoyer) 251

Zur wirklichen Übergabe des Schenkungsobjekts und deren urkundlichem Nachweis –

OGH 30. 10. 2015, 5 Ob 167/15 t: § 1 Abs 1 lit NotariatsaktsG; § 943 ABGB 253

VfGH zur Verfassungswidrigkeit der undifferenzierten Ausnahme des außerstreitigen wohnungseigentumsrechtlichen Verfahrens vom Parteiantrag auf Normenkontrolle –

VfGH 14. 6. 2016, G 72/2016: Art 11 Abs 2, Art 140 Abs 1 Z 1 lit d und Abs 1 a B-VG; § 62 a Abs 1 Z 4 VfGG; § 52 Abs 1 WEG (Anmerkung von Karl Stöger) 256

Erbrecht

Nottestament –

OGH 17. 3. 2016, 2 Ob 86/15h: § 597 ABGB 258

Sparguthaben und Erbgang –

OGH 25. 5. 2016, 2 Ob 103/15h: §§ 825 ff, 959 ABGB; §§ 31 f BWG; §§ 166, 178, 183 AußStrG 262

Firmenbuch und Unternehmensrecht

Beschlussfassung im Umlaufweg beim Aufsichtsrat –

OGH 25. 5. 2016, 2 Ob 35/16k: § 92 Abs 3, § 99 AktG; § 321 Abs 1 Z 3 ZPO 266

Beziehung von Sachverständigen bei Bucheinsicht eines GmbH-Gesellschafters –

OGH 30. 5. 2016, 6 Ob 89/16f: § 22 GmbHG; § 118 UGB 268

Unterscheidbarkeit der Firma bei Sitzverlegung –

OGH 30. 5. 2016, 6 Ob 102/16t: §§ 13, 29 UGB 269

Vertragsrecht

Verjährung bei fortgesetzter Schädigung –

OGH 30. 3. 2016, 6 Ob 232/15h: § 1489 ABGB 270

Treuhand, Exekutions- und Insolvenzrecht

Keine Exekutionsaufschiebung wegen Erbschaftsklage –

OGH 16. 12. 2015, 3 Ob 205/15s: § 42 EO 272

Exekutionssperre während Abschöpfungsverfahren –

OGH 27. 4. 2016, 3 Ob 46/16k: §§ 10, 54, 206, 208 IO 273

Verfahren außer Streitsachen

Bestimmtheit des Rechtsmittelantrags –

OGH 31. 3. 2016, 1 Ob 262/15h: §§ 9, 10 Abs 4, § 47 Abs 3, § 65 Abs 3 AußStrG; § 84 Abs 3 ZPO 275

Standesrecht und Berufshaftung

Verfahren nach der Winkelschreiberei-Verordnung –

OGH 29. 3. 2016, 9 Ob 2/16h: WinkelschreibereiV; Art IV Z 5 EGZPO; §§ 11, 22, 31 Abs 1 VStG; §§ 37, 57 Abs 3 StGB; §§ 58 RAO; § 187 NO (Anmerkung von Peter G. Mayr) 276

Standesnachrichten und Mitteilungen

..... 280

Impressum 280

Herausgegeben von der ÖGIZIN GmbH.

D3-2315



Inhalt

AUFSÄTZE

- 174 PETER SCHABER
Was bedeutet es, die Autonomie Anderer zu respektieren?
- 186 DIETRICH SCHOTTE
Die Komplexität unserer 2. Natur
- 202 MARCELO CAMPOS GALUPPO
How Law Replaced Morals
- 222 LOTHAR FRITZE
Moralisch legitim gehandelt? Der Fall Frister
- 245 DIANA RICHARDS
When Judges have a Hunch – Intuition (and some Emotion)
in judicial Decision Making
- 261 JEAN-BAPTISTE POINTEL
Law as Adequate Emotion: Spinoza's Legacy
- 278 JASPER DOOMEN
Mitigated Democracy

IVR-INFORMATIONEN UND MITTEILUNGEN

- 295 Tagungsankündigung Bremen
296 Tagungsbericht Passau

REZENSIONEN

- 303 Wenchao Li (Hg.). „Das Recht kann nicht ungerecht sein ...“.
Beiträge zu Leibniz' Philosophie der Gerechtigkeit (Herrmann Klenner)
- 306 Karlheinz Stierle. Dante Alighieri. Dichter im Exil. Dichter der Welt
(Jens Petersen)
- 309 Karl-Heinz Fezer. „Recht ist Recht ist Recht ist Recht“.
Die Auslegung der Welt – Normativer Rechtsrealismus (Axel Birk)



Inhalt

AUFSÄTZE

- 2 SASKIA FIKKERS
Legislating For Future Generations: Goal Regulation
- 22 ALLEGRA DE LAURENTIIS
Rights-Pragmatism and the Right of Humanity
International Politics in Kant's and Hegel's Perspectives
- 40 BERTJAN WOLTHUIS
A political liberal approach to the EU
The legitimacy of EU intergovernmental compromises
- 58 YONGLIU ZHENG
A Theory of Legal Matrix
- 77 ROMAN GUSKI
Antinomien des Rechts
- 112 ALEXANDRE TRAVESSONI GOMES TRIVISONNO
Legal Principles, Discretion and Legal Positivism: Does Dworkin's
Criticism on Hart also Apply to Kelsen?
- 128 AXEL BIRK / WOLFRAM HEGER
Unternehmerische Verantwortung für Menschenrechte? –
Embedding Human Rights in Business Practise

IVR-INFORMATIONEN UND MITTEILUNGEN

- 153 IVR Call for Papers Bremen
- 154 Tagungsankündigung Passau zu Aristoteles

REZENSIONEN

- 155 Eric Hilgendorf (Hrsg.): Menschenwürde und Demütigung. Die
Menschenwürdekonzepzion Avishai Margalits (Wolfgang Hellmich)
- 158 Hartmut Rosa: Beschleunigung und Entfremdung. Entwurf einer kritischen
Theorie spätmoderner Zeitlichkeit (Wolfgang Hellmich)
- 158 Rahel Jaeggi: Kritik von Lebensformen (Wolfgang Hellmich)
- 165 Markus Rothaar: Die Menschenwürde als Prinzip des Rechts
(Paul Tiedemann)
- 168 Rudolf Steinberg: Die Repräsentation des Volkes: Menschenbild und
demokratisches Regierungssystem (Felix Ekardt)

**IN ALLER KÜRZE**

2

THEMA**Evelin Polat/ Wilhelm Hübner: Auslandsentsendungen erfolgreich gestalten – was aus HR-Sicht zu beachten ist**

3

Der erfolgreiche Abschluss einer Auslandsentsendung kann durch Entwicklung und Umsetzung eines gut durchdachten „Entsendungskonzeptes“ maßgeblich beeinflusst werden. Welche Faktoren den Erfolg von Auslandseinsätzen unterstützen und welchen Phasen einer Auslandsentsendung hinreichend Aufmerksamkeit zu schenken ist, stellen die Autoren in übersichtlicher Weise dar.

RECHTSPRECHUNG**» ARBEITSRECHT**

Lohndumping: Unterentlohnung wegen wirtschaftlicher Schwierigkeiten	6
Flughafentransfer von Salzburg nach München: Deutsches Mindestlohngesetz anwendbar?	7
Anspruch eines Handelsvertreters auf einen Buchauszug	10
Tankstellenpächter: Ursächlichkeit für Zuführung neuer Kunden	11
Tankstellenpächter: Beweislast für neue Stammkunden	12
Tankstellenpächter: Ausgleichsanspruch bei Eigenkündigung	12

» SOZIALVERSICHERUNGSRECHT

Zeitungszusteller als echte Dienstnehmer	13
Überlassung wesentlicher Betriebsmittel – echtes Dienstverhältnis	14
Dienstnehmereigenschaft: abstrakte Qualifikationen in Bescheid nicht zulässig	15
Sozialversicherungspflicht bei Entsendung ins Ausland	15

» STEUERRECHT

BFG: Fahrtkostensätze des pflegebedürftigen Vaters an seine Töchter	16
BFG: Aufwendungen iZm Folgeerkrankungen von Diabetes	17
BFG: Aufwendungen für alternativmedizinische Krebsbehandlung	17

NEUE VORSCHRIFTEN**» ARBEITSRECHT**

Änderung des BUAG, BSchEG ua – BGBl	18
-------------------------------------	----

ARTIKELRUNDSCHAU

20

IMPRESSUM

19



Inhalt

EDITORIAL	Prof. Dr. Dr. h. c. Eberhard Eichenhofer	
EU-AGENDA		
Parlament	Eine "Binnenmarktsäule" im Europäischen Semester _____	293
	Europäisches Parlament fordert Optimierung der Elternzeit-Richtlinie _____	293
Kommission	Mehrwertsteuer-Aktionsplan: Mehr Freiheit bei reduzierten Sätzen _____	293
	EU-Kommission legt Mitteilung zur "kollaborativen Wirtschaft" vor _____	293
	Länderspezifische Empfehlungen _____	294
	EU-eGovernment-Aktionsplan erzeugt Handlungsdruck _____	294
	Pilotprojekt untersucht Gesundheitsversorgung von isoliert lebenden Menschen _____	295
Gemeinschafts- agenturen	EMA veröffentlicht Jahresbericht 2015 _____	295
	EMA veröffentlicht Report zur SME-Initiative _____	295
	EU-Drogenbericht 2016 erschienen _____	296
Aus den EU-Mitgliedstaaten	Europa in der Schuldenunion _____	296
AUFSÄTZE	<i>Prof. em. Dr. Maximilian Fuchs</i> Tarifverträge Selbstständiger und europäisches Wettbewerbsrecht _____	297
	<i>Prof. Dr. Constanze Janda</i> Der Export von Leistungen der Verhinderungspflege nach § 39 SGB XI _____	307
	<i>Prof. Dr. Kristina Koldinská</i> Recht auf Bildung – Segregation oder Inklusion von Kindern sozial ausgegrenzter Familien? _____	313
VORLAGEN AN DEN EUGH Arbeitsrecht	Cour de Cassation (Frankreich) Sozialversicherungsbeiträge / Bescheinigung E 101 – Anmerkung von <i>Christoph Ludvik, Wien</i> _____	321
RECHTSPRECHUNG MIT ANMERKUNGEN		
Sozialpolitik	<i>Massenentlassung</i> RL 98/59/EG EuGH, Urt. v. 13. 5. 2015, Rs. C-392/13 (Andrés Rabal Cañas ./ Nexea Gestión Documental SA, Fondo de Garantía Salarial) – Anmerkung von <i>Thomas Klein, Trier</i> _____	323
Soziale Sicherheit	<i>Wandererwerbstätige / Rheinschiffer / Bescheinigung E 101</i> VO (EWG) Nr. 1408/71; Art. 267 Abs. 3 AEUV EuGH, Urt. v. 9. 9. 2015, verbundene Rs. C-72/14 (X ./ Inspecteur van de Rijksbelastingdienst) und Rs. C-197/14 (T. A. van Dijk ./ Staatssecretaris van Financiën) – Anmerkung von <i>Assistenzprofessor Dr. Andreas Mair, Innsbruck</i> _____	333
Sozialpolitik	<i>Mindesttarife / Selbstständigkeit</i> Art. 101 AEUV EuGH, Urt. v. 4. 12. 2014, Rs. C-413/13 (FNV Kunsten Informatie en Media ./ Staat der Niederlanden) – Anmerkung von <i>Prof. em. Dr. Maximilian Fuchs, Regensburg</i> _____	340
SCHRIFTTUM	Masuch / Spellbrink / Becker / Leibfried Grundlagen und Herausforderungen des Sozialstaats. Denkschrift 60 Jahre Bundessozialgericht, Band 2 _____	344
VERHANDLUNGEN VOR DEM EUGH	_____	V
GESAMTSCHAU	_____	VII

Schriftleiter Dr. Herbert von Golitschek, Präsident a. D. des Bayerischen Verwaltungsgerichts Würzburg, Am Sonnenhang 1, 97204 Höchberg, Tel. (09 31) 4 52 06 49, Fax (09 31) 4 52 09 21; E-Mail: bayvbl@boorberg.de



Inhalt

Abhandlungen

Hömig, Der Freistaat Bayern und das Bundesverfassungsgericht — **505**

Wüstenberg, Das Taxirecht am Münchener Flughafen — **509**

Ausbildung und Prüfung

Aufgabe 10 der Zweiten Juristischen Staatsprüfung 2011/2 — **537**

Notizen

BVerfG: Erfolgreiche Verfassungsbeschwerden und Organstreitverfahren gegen das OMT-Programm der Europäischen Zentralbank — **II**

Veranstaltungen, Vorschau, Impressum — **IV**

Rechtsprechung

BayVerfGH	E.v. 09.03.2016	Vf. 17-VII-15	Popularklage; Bebauungsplan; Baubeginn; Rechtsschutzinteresse; Verwirkung; Substantiierung; Rechtsstaatsprinzip; Gefälligkeitsplanung; Erforderlichkeit; Abwägungsgebot; Denkmalschutz; Willkürverbot — 517
BVerfG	B.v. 04.02.2016	2 BvR 2223/15	Richterrechtlicher Konkurrentenstreit; Vorsitzender Richter am Verwaltungsgerichtshof Baden-Württemberg; dienstliche Beurteilung; Kontrolldichte; richterliche Unabhängigkeit; einstweiliger verwaltungsgerichtlicher Rechtsschutz — 521
BayVGH	U.v. 13.01.2016	4 N 15.360	Normenkontrollantrag gegen Eingemeindungsverordnung; Teilauflösung eines gemeindefreien Gebiets; grundsätzlicher Eingemeindungsanspruch der antragstellenden Gemeinde; Begriff der „dringenden Gründe des öffentlichen Wohls“; keine Antragsbefugnis des Grundeigentümers — 526
	U.v. 30.06.2015	22 B 14.564	Immissionsschutzrechtliche Genehmigung für einen Hühnermaststall; Zulassung einer nächtlichen Abholung der Schlachttiere mehrmals jährlich unter Überschreitung der „regulären“ Immissionsrichtwerte; Versagung des gemeindlichen Einvernehmens; öffentlicher Belang des Hervorrufens schädlicher Umwelteinwirkungen; seltene Ereignisse im Sinn der TA Lärm; Gebot der Lärmminde- rung durch organisatorische und betriebliche Maßnahmen — 528
	B.v. 26.11.2015	4 ZB 15.1694	Bürgerbegehren; Straßenausbau; (kein) Vetorecht für Anlieger — 531
BVerwG	U.v. 19.11.2015	2 A 6.13	Beamter; Dienstposten; ämtergleiche Umsetzung; Umsetzungskonkurrenz; Klagebefugnis; subjektive Rechtsposition; Bewerbungsverfahrensanspruch; Organisationsermessen; Fürsorgepflicht; Feststellungsinteresse — 532
VG Würzburg	U.v. 11.11.2015	W 2 K 14.1125	Bürgerbegehren; Bebauungsplanänderung; Erforderlichkeit; Abwägungsgebot; Verhinderungsplanung — 534
Wissenswertes für den Rechtsanwalt			
BayVGH	B.v. 20.06.2015	4 M 15.1062	Erinnerung gegen Kostenfestsetzungsbeschluss; Erstattungsfähigkeit der Reisekosten eines auswärtigen Rechtsanwalts; besonderes Vertrauensverhältnis — 536



**FACHZEITSCHRIFT FÜR
NEUES MIET- UND
WOHNRECHT**
20. Jg. Hefi 07/08, Juli/August
2016

Zitiervorschlag:
immolex 2016, Seite
immolex 2016/Nummer

HERAUSGEBER:
Manz'sche Verlags- und
Universitätsbuchhandlung GmbH

LEITENDE REDAKTEURE:
ao. Univ.-Prof. Dr. H. BÖHM
StB Mag. K. FUHRMANN
Sen.-Präs. d. VwGH iR
Dr. E. GALL
HR d. VwGH Dr. F. PFIEL

SCHRIFTFLEITUNG:
RA Dr. H. RAINER

STÄNDIGE MITARBEITER:
Ri Mag. A. GRIEB
Ri Mag. F. IBY
Ri Mag. J. KAINC
Univ.-Prof. Dr. A. KLETEČKA
Mag. C. KOTHBAUER
Ri Mag. S. KULHANEK
RA Dr. E. LINDINGER
Dr. S. MALAINER
RA Dr. C. PRADER
Hon.-Prof.
Dr. J. STABENTHEINER
Dr. A. STARIBACHER

EDITORIAL

Über den eigenen Schatten springen

Herbert Rainer

Impressum

209

U3

LEITSÄTZE

Nr. 46 – 52

212

MIETRECHT

Mietzinsbildung bei gefördertem Wiederaufbau nach Kriegsschäden

Immer wieder sind Makler, Verwalter, Mieter und auch Sachverständige in der Praxis mit der Frage konfrontiert, welcher Mietzins bei Objekten, die mit Mitteln aus dem Wohnhauswiederaufbaufonds gefördert errichtet wurden, anzuwenden ist oder wann diese Förderungen auch nach vollständiger Rückzahlung des Darlehens weiterhin die Anwendung mietrechtlicher Mietzinsbegrenzungsnormen nach sich ziehen. Spätestens hier heißt es dann eintauchen in die Königsdisziplin der mietrechtsarchäologischen Geheimwissenschaften.

Martin Gruber / Markus Reithofer / Karin Sammer

214

ABGABENRECHT

Unbestimmte Vertragsdauer bei Vereinbarung aller denkmöglichen Kündigungsgründe gem § 30 Abs 2 MRG

Ob einem Vertragsverhältnis eine bestimmte oder unbestimmte Dauer zugrunde liegt, richtet sich der stRsp des VwGH zufolge nach der Möglichkeit, zumindest einer Vertragspartei das Verhältnis beliebig aufzukündigen. Von einer beliebigen Aufkündigung kann dann ausgegangen werden, wenn keine Beschränkung von Kündigungsgründen gegeben ist. Keine Beschränkung der Kündigungsgründe stellt nach der Judikatur des VwGH sowie den Gebührenrichtlinien die vertragliche Vereinbarung der denkmöglichen Kündigungsgründe gem § 30 Abs 2 MRG dar. Im Erk v 29. 1. 2015 entschied das BFG trotz Vorliegens aller denkmöglichen Kündigungsgründe gegen ein Vertragsverhältnis unbestimmter Dauer und damit entgegen der bisherigen VwGH-Judikatur.

Anja Cupal / Alexandra Patloch / Florian Petrikovics

221

RECHTSAKADEMIE

Ein neuer Stern am Wohnrechtsfirmament

Der Beitrag erzählt in Blitzlichtern von der ersten Fachtagung der Zeitschrift immolex im Schloss an der Eisenstraße. Dieses Ereignis setzte einen neuen Maßstab für Fortbildungsveranstaltungen im Bereich des Wohnrechts und wird deshalb gewiss der Auftakt für eine fortlaufende Veranstaltungsreihe dieser Art gewesen sein.

Johannes Stabentheiner

224

FORUM IMMOBILIENTREUHÄNDER

Zur Widmung eines Wohnungseigentumsobjekts
Christoph Kothbauer

240

		MIETRECHT
OGH 22. 3. 2016, 5 Ob 264/15 g	• Keine Erhaltungspflicht des Vermieters bei Bagatellbeeinträchtigung (<i>Wolfgang Ruckebauer</i>)	226
OGH 21. 12. 2015, 5 Ob 228/ 15 p	• Machtwechseltheorie: Kippen der Mehrheitsverhältnisse (<i>Matthias Cerha</i>)	228
		WOHNUNGSEIGENTUMSRECHT
OGH 22. 3. 2016, 5 Ob 21/16 y	• Kostenaufteilung in der ordentlichen Verwaltung (<i>Sigrid Räh</i>)	229
OGH 16. 3. 2016, 7 Ob 4/16 p	• Kein Anspruch des Käufers wegen mangelhafter WE-Begründung bei Gewährleistungsausschluss (<i>Christian Prader</i>)	230
		LIEGENSCHAFTSRECHT
OGH 19. 1. 2016, 10 Ob 66/15 a	• Veräußerung eines Superädifikats trotz eines vereinbarten Veräußerungsverbots (<i>Simone Maier-Hülle</i>)	233
OGH 29. 7. 2015, 9 Ob 40/15 w	• Freiheitsersitzung (<i>Markus Hagen</i>)	234
		ABGABENRECHT
VwGH 16. 12. 2015, 2013/15/ 0103	• Jede wirtschaftliche Einheit ist für sich zu bewerten; eine Liegenschaft, an der Wohnungseigentum begründet ist, stellt insgesamt eine wirtschaftliche Einheit dar	235
VwGH 25. 11. 2015, Ro 2015/13/ 0012	• Zeitlich abwechselnde Vermietung und Selbstnutzung einer Ferienwohnung – Leerstandskosten sind aufzuteilen (<i>Karin Fuhrmann</i>)	236
BFG 29. 2. 2016, RV/1100376/ 2014	• Vermietung einer Wohnung an nahe Angehörige mangels markt-konformen Mietentgelts und mangels klaren Vertragsinhalts nicht als unternehmerische Tätigkeit anzusehen	238



ZAS – Zeitschrift für Arbeits- und Sozialrecht

Jahresabonnement 2016: EUR 88,- (inkl. Versand)
Erscheint 2016 im 51. Jahrgang. Jährlich 6 Hefte inkl. 1 Sonderheft zum ZAS-Seminar

Home Office – Arbeiten zu Hause

Was Sie wissen müssen zu

- Vertragsgestaltung,
- Arbeitszeit,
- ArbeitnehmerInnenschutz und
- Haftung.

PLUS: Checkliste: Home-Office-Vereinbarung

Nachzulesen in der ZAS 4 / 2016
Einzelheft EUR 17,60 bestellen unter 01/531 61-100

MANZ'sche Verlags- und Universitätsbuchhandlung GmbH
TEL +43 1 531 61 100 FAX +43 1 531 61 455 bestellen@manz.at Kohlmarkt 16 · 1010 Wien www.manz.at

MANZ

RdE – Recht der Energiewirtschaft

Heft 8/2016

A. Beiträge

<i>Gundel</i>	Haftung, Wälzung und Verschuldenszurechnung beim Offshore-Windkraftausbau: Die Konsequenzen der Neuregelung vom Dezember 2012	325
<i>Dietrich/Legler</i>	Militärische Belange in Planfeststellungsverfahren auf Errichtung und Betrieb von Offshore Windparks – Abwägungsrelevanz und Rechtsschutzperspektiven	331
<i>Wagner/Raddatz</i>	Die Berechnung des Auftragswerts bei Energielieferverträgen	340

B. Rechtsprechung

<i>BGH</i>	Urt. v. 06.04.2016 – VIII ZR 79/15 Zur ergänzenden Vertragsauslegung bei Unwirksamkeit einer sondervertraglich vereinbarten Preisänderungsklausel	347
<i>BGH</i>	Beschl. v. 12.04.2016 – EnVR 3/15 Zur Bewertung von Investitionsmaßnahmen nach § 23 ARegV (Mitteldeutsche Netzgesellschaft Gas mbH)	353
<i>OLG Düsseldorf</i>	Beschl. v. 09.03.2016 – VI-3 Kart 169/14 (V) Zur Zulassung zur Teilnahme am Kapazitätszuweisungsverfahren	356
<i>OLG Düsseldorf</i>	Beschl. v. 04.05.2016 – VI-5 Kart 2/15 (V) Zur Ermittlung des Referenzpreises für Verlustenergie	362
<i>OLG Frankfurt a.M.</i>	Urt. v. 08.09.2015 – 11 U 124/12 m. Anm. Fricke Zum Preisanpassungsrecht eines Gasversorgungsunternehmens gegenüber einem Tarifkunden, der nicht Haushaltskunde ist	366
<i>OLG Stuttgart</i>	Urt. v. 21.01.2016 – 2 U 89/15 Zur Reichweite der Indizwirkung eines Genehmigungsbescheids für Netzentgelte	371
<i>OVG Lüneburg</i>	Beschl. v. 16.02.2016 – 7 OB 13/16 Zum Rechtsweg für den Anspruch auf Akteneinsicht in Konzessionsverfahren	379

D3-Z141

Infrastruktur

Energie · Verkehr · Abfall · Wasser

Geschäftsführender Herausgeber

Prof. Dr. Christian Theobald
BBH

Herausgeber

RiBVerfG Prof. Dr. Gabriele Britz
Bundesverfassungsgericht

Christian Held
BBH, Europäischer Verband der unabhängigen Strom- und Gasverteilerunternehmen (GEODE)

Prof. Dr. Georg Hermes
Universität Frankfurt a.M.

Folkert Kiepe
Beigeordneter a.D. Deutscher Städtetag

Prof. Dr. Christian Koenig
Universität Bonn

Holger Lösch
Bundesverband der Deutschen Industrie e.V. (BDI)

Prof. Dr. Jürgen Kühling
Universität Regensburg

Andrees Gentzsch
Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft e.V. (BDEW)

Reiner Metz †
Verband Deutscher Verkehrsunternehmen e.V. (VDV)

Dr. Christiane Nill-Theobald
TheobaldConsulting

Detlef Raphael
Deutscher Städtetag

Prof. Dr. Jens-Peter Schneider
Albert-Ludwigs-Universität Freiburg

Adolf Topp
AGFW | Der Effizienzverband für Wärme, Kälte und KWK e.V.

Inhaltsverzeichnis

Beiträge

J. Kreuzel: Verteilernetzbetreiber: Wichtiges Bindeglied in einer zunehmend komplexen Welt 170

J. Eder/J.-H. v. Wege/M. Weise: Das Messstellenbetriebsgesetz ist verabschiedet – Startschuss für den Rollout! 173

Energie

BayVerfGH: Bayerische „10-H-Regelung“ für Windenergieanlagen überwiegend verfassungskonform 177

BGH: § 19 StromNEV-Umlage von Anfang an rechtswidrig 179

BGH: Zur Genehmigungsfähigkeit von Ersatzbeschaffungen gem. § 23 I 2 Nr. 7 ARegV 180

BGH: Verjährungsfrist von fünf Jahren bei mangelhaften Modulen einer Aufdach-photovoltaikinstallation 182

OLG Düsseldorf: Zum Anspruch auf Freistellung von Netzentgelten gem. § 118 VI EnWG sowie zum Umfang einer solchen Befreiung 184

OLG Düsseldorf: Sonderkündigungsrecht nach § 41 III EnWG auch bei Änderung von Steuern, Umlagen und Abgaben 185

Wasser

BVerwG: Zulässige Aufhebung eines Trinkwasserschutzgebietes 187

BVerwG: Zugehörigkeit einer Schmutzwasserleitung zur öffentlichen Abwasseranlage 189

VG Potsdam: Kostenersatz bei Stilllegung eines Wasserhausanschlusses 189

Spartenübergreifendes

Europäische Kommission: Beihilfen für spanische Fußballgrößen unzulässig 191



In Zusammenarbeit mit der
Neuen Juristischen Wochenschrift

Nr. 8 • 10. August 2016

13. Jahrgang

Mit Internet-Volltext-Service www.IR.beck.de der besprochenen Entscheidungen

Verlag C.H.Beck München und Frankfurt a.M.





Editorial

- 501 SIBYLLE GIERSCHMANN
Brexit – Was passiert, wenn Großbritannien „Drittland“ wird?

Beiträge

- 503 THOMAS FUCHS / CAROLINE HAHN
Erkennbarkeit und Kennzeichnung von Werbung im Internet.
Rechtliche Einordnung und Vorschläge für Werbefragen in sozialen Medien
- 507 ANDREAS SESING
Verantwortlichkeit für offenes WLAN.
Auswirkungen der TMG-Reform auf die Haftung des Anschlussinhabers
- 513 KRISTINA WAGNER
Sampling als Kunstform und die Interessen der Tonträgerhersteller.
Auswirkungen der BVerfG-Rechtsprechung auf die Kunstfreiheit
- 518 CHRISTIAN GALETZKA / MANUEL KRÄTSCHMER
Rassismus und Terrorismus im Netz. Strafrechtliche
Verantwortlichkeit der Betreiber von sozialen Netzwerken

Rechtsprechung

- eCommerce 523 BGH: Widerrufsrecht bei Fernabsatzgeschäften
Urteil vom 16.3.2016 – VIII ZR 146/15 m. Anm. HÖHNE
- Wettbewerbs- und Kennzeichenrecht 526 OLG Frankfurt/M.: Informationspflichten im Online-Handel
Urteil vom 28.4.2016 – 6 U 214/15
- 526 OLG München: Sperrtafeln auf YouTube
Urteil vom 7.5.2015 – 6 U 1211/14 (Ls.)
- 527 OLG Nürnberg: Irreführende Werbung eines Hotelbuchungsportals mit
Sternen nach eigenem Klassifizierungssystem
Urteil vom 19.4.2016 – 3 U 1974/15 m. Anm. MODI
- 530 OLG Köln: Datenschutzrechtliche Hinweispflichten bei Verwendung eines
Kontaktformulars
Urteil vom 11.3.2016 – 6 U 121/15
- 532 OLG Frankfurt/M.: Werbung mit irreführenden Preisangaben
Urteil vom 3.3.2016 – 6 U 94/14
- 533 KG: Ansprache von Kindern bei Werbung für Online-Spiel
Urteil vom 1.12.2015 – 5 U 74/15
- 535 OLG Frankfurt/M.: Geschäftliche Handlung der öffentlichen Hand durch
Erbringung unentgeltlicher Leistungen – Wetter-App
Urteil vom 4.2.2016 – 6 U 156/15
- 536 OLG Hamm: Weiterempfehlungsfunktion und Gütezeichenverwendung
bei Amazon
Urteil vom 9.7.2015 – 4 U 59/15
- 539 LG Leipzig: Falsche Impressumsangabe eines Immobilienmaklers
Urteil vom 27.5.2016 – 05 O 2272/15
- 540 LG Bochum: Hinweispflicht auf Online-Schlichtungsplattform
Urteil vom 31.3.2016 – 14 O 21/16
- 541 LG Arnsberg: Angabe von Versandkosten und Warenmerkmalen im
Online-Handel
Urteil vom 14.1.2016 – 8 O 119/15

- 542** OLG Frankfurt/M.: Zulässigkeit von selektiven Online-Vertriebssystemen
Beschluss vom 19.4.2016 – 11 U 96/14 (Kart) (Ls.)
- 542** OLG Frankfurt/M.: Reichweite der Unterlassungsverpflichtung bei Wettbewerbsverstoß
Beschluss vom 25.1.2016 – 6 W 1/16 (Ls.)
- Immaterialgüterrecht **542** EuGH: Urheberrechtsvergütung für Privatkopien
Urteil vom 9.6.2016 – C-470/14 – EGEDA u.a.
- 545** DPMA Schiedsstelle: Einsichtsrecht in empirische Untersuchungen als Kalkulationsgrundlage
Beschluss vom 25.2.2016 – Sch-Urh 91/12
- 546** OLG Celle: Streitwertbemessung im Urheberrecht
Beschluss vom 13.5.2016 – 13 W 36/16
- 547** OLG Hamm: Haftung für Urheberrechtsverletzung durch minderjährige Kinder
Urteil vom 28.1.2016 – I-4 U 75/15
- 548** KG: Störerhaftung eines Plattformbetreibers
Urteil vom 3.11.2015 – 5 U 29/14
- 549** OLG Hamm: Schadensersatzberechnung nach der Lizenzanalogie
Urteil vom 17.11.2015 – 4 U 34/15
- 553** LG Bochum: Verbreitung von Software ohne Hinweis auf die GPL
Urteil vom 3.3.2016 – I-8 O 294/15
- 554** LG Hannover: Vertrieb von Software ohne Lizenztext und Sourcecode
Urteil vom 21.7.2015 – 18 O 159/15
- 554** BKartA: Kein Marktmachtmissbrauch von Google gegenüber Presseverlagen
Beschluss vom 8.9.2015 – B6-126/14 (Ls.)
- 555** AG Hamburg: Haftung eines Amazon-Händlers für urheberrechtswidrige Bootleg-DVD
Urteil vom 18.2.2016 – 25b C 342/15 (Ls.)
- Telekommunikations- und Medienrecht **555** US Court of Appeals for the District of Columbia: Open Internet Order der FCC hat Bestand
Entscheidung vom 14.6.2016 – No. 15-1063 – United States Telecom Association et al. v. FCC und United States of America (Ls.) m. Anm. SPIES
- 556** EuGH: Zugang zu geografisch nicht gebundenen Nummern für alle Endnutzer
Urteil vom 14.4.2016 – C-397/14 – Polkomtel
- 560** BGH: Boykottaufruf auf Internetseite eines Tierschutzvereins
Urteil vom 19.1.2016 – VI ZR 302/15
- 562** OLG Karlsruhe: Aufhebung der Kartensperre eines Mobiltelefons
Beschluss vom 29.1.2016 – 2 (6) Ss 318/15-AK 99/15
- 565** OLG Braunschweig: Erforderlichkeit des Ausdrucks einer elektronischen Akte
Beschluss vom 25.8.2015 – 1 Ws 233/15
- 566** OLG Frankfurt/M.: Äußerung auf Ärztebewertungsportal
Beschluss vom 18.6.2015 – 16 W 29/15
- 568** BAG: Herstellung privater Raubkopien rechtfertigt außerordentliche Kündigung
Urteil vom 16.7.2015 – 2 AZR 85/15
- 571** LAG Rheinland-Pfalz: Außerordentliche Kündigung wegen Herunterladens unbekannter Software am Arbeitsplatz
Urteil vom 12.11.2015 – 5 Sa 10/15

- III Inhalt**
V–XV MMR-Fokus
XVI Impressum

Beilage

Redaktionsbeilage zum 71. Deutschen Juristentag in Essen

INHALT



STEUER & SERVICE

- 122 Aktuelle abgabenrechtliche Anfragebeantwortungen aus den Ministerien (BMF und BMJ)
(Peter Püzl)
- 124 Firmenwertabschreibung bei ausländischen Gruppenmitgliedern – BMF-Information
BMF-010203/0178-VU/6/2016 vom 16.6.2016 (Hubert W. Fuchs)
- 126 Vorgehensweise hinsichtlich der Berücksichtigung nicht getilgter Verbindlichkeiten bei einer Liquidation
nach § 19 KStG 1988 (ergänzende BMF-Info)
BMF-010200/0013-VU/6/2016 vom 2.6.2016 (Hubert W. Fuchs)
- 128 Gewinnausschüttung einer deutschen Kapitalgesellschaft an eine mittelbar beteiligte natürliche Person über
zwischen geschaltete inländische Kapitalgesellschaft und österreichische Privatstiftung (EAS 3359)
BMF-010221/0113-VU/8/2016 (EAS 3359) vom 5.4.2016 (Hubert W. Fuchs)

BUNDESFINANZGERICHT

- 129 BFG-KOMPAKT – Gesamtübersicht veröffentlichter BFG-Erkenntnisse
(Klaus Hilber)
- 132 Tatsächliche Kilometer-Kosten vs Kilometer-Geld als Werbungskosten
BFG 28.4.2016, RV/7103960/2014 (Klaus Hilber)
- 136 Änderung der Verhältnisse bei Pferdepenalshaltung
BFG 4.3.2016, RV/2100072/2016 (Klaus Hilber)
- 139 Unternehmereigenschaft einer KÖR bei Vermietung
BFG 31.5.2016, RV/2100755/2013 (Hubert W. Fuchs)
- 141 Säumniszuschlag: Grobes Verschulden an der nicht fristgerechten Entrichtung einer Körperschaftsteuer-
Vorauszahlung
BFG 18.6.2014, RV/2100621/2013 (Klaus Hilber)
- 143 Deutsche Steuerberatungskosten als Sonderausgaben?
BFG 25.5.2016, RV/2100468/2013 (Klaus Hilber)
- 146 Familienheimfahrten eines Heeresbediensteten während eines Auslandseinsatzes bei Bezug einer
steuerbefreiten Auslandseinsatzzulage
BFG 14.6.2016, RV/2100830/2011 (Hubert W. Fuchs)
- 149 Einladungen zur Schi-WM: Repräsentationsaufwand
BFG 13.7.2016, RV/2101033/2016 (Hubert W. Fuchs)

VERWALTUNGSGERICHTSHOF

- 151 ANHÄNGIGE AMTSREVISIONEN
(Hubert W. Fuchs)
- 154 Kein vorläufiger Bescheid bei Tätigkeit mit Einkünftevermutung iSd LVO
VwGH 27.4.2016, 2013/13/45 (Klaus Hilber)

SERVICE-TEIL

- 157 Buchbesprechungen
- 160 Herausgeber, Autoren
- U3 Impressum

ZEuP Europäisches

Ze **D3-Z233**

WU
WIRTSCHAFTS
UNIVERSITÄT
WIEN VIENNA
UNIVERSITY OF
ECONOMICS
AND BUSINESS

3/2016



<i>Jürgen Basedow</i> Brexit und das Privat- und Wirtschaftsrecht	567
<i>Jürgen Basedow</i> Die Entwicklung des Eigentumsrechts in der EU	573
<i>Boris P. Paal</i> Online-Suchmaschinen, Persönlichkeits- rechts- und Datenschutz	591
<i>Kai Purnhagen/Lucia Reisch</i> "Nudging Germany"?	629
<i>Benjamin Zapf</i> Die Wohnimmobilienkreditrichtlinie	656
<i>Stephan Meder</i> Gottfried Wilhelm Leibniz	687
Entscheidungen	
<i>Sebastian Krebber/Stefan Perner</i> Der Anspruch entsandter Arbeitnehmer auf Mindestlohn	708
<i>Julien Dubarry</i> Das Schicksal des eigenen Lebens in fremden Händen	736
<i>Mirko Faccioli</i> Nichtersatzfähigkeit des danno tanatologico	750
Dokumentation	771
Bibliothek	781

Herausgegeben von
Jürgen Basedow
Eva-Maria Kieninger
Reiner Schulze
Gerhard Wagner
Marc-Philippe Weller
Reinhard Zimmermann

Verlag C.H.BECK



7850201603



Inhaltsverzeichnis

Leitartikel

Jürgen Basedow: Brexit und das Privat- und Wirtschaftsrecht 567

I. Artikel

Jürgen Basedow: Die Entwicklung des Eigentumsrechts in der Europäischen Union 573

Boris P. Paal: Online-Suchmaschinen – Persönlichkeitsrechts- und Datenschutz – Internationale Zuständigkeit, anwendbares Recht und sachrechtliche Fragen 591

Kai Purnhagen/Lucia Reisch: “Nudging Germany”? – Herausforderungen für eine verhaltensbasierte Regulierung in Deutschland 629

Benjamin Zapf: Die Wohnimmobilienkreditrichtlinie 2014/17/EU – Am Ziel einer langen Reise? 656

II. Rückblick

Stephan Meder: Gottfried Wilhelm Leibniz (1646-1716) – Reform des Privatrechts auf Grundlage historischen Naturrechts 687

III. Entscheidungen

Sebastian Krebber/Stefan Perner: Die Durchsetzung des Anspruchs entsandter Arbeitnehmer auf Zahlung von Mindestlohn im Bestimmungsstaat – Urteil des Europäischen Gerichtshofes vom 12. Februar 2015 .. 708

Julien Dubarry: Das Schicksal des eigenen Lebens in fremden Händen – Entscheidung des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte vom 5. Juni 2015 736

Mirko Faccioli: Die Vereinigten Senate des italienischen Kassationshofs bestätigen die Nichtersatzfähigkeit des danno tanatologico (Schaden infolge des Todes) – Urteil der italienischen Corte di Cassazione, Vereinigte Senate, vom 22. Juli 2015 750

ZEUP

IV. Dokumentation

Information

Michael F. Müller/Malte Kramme: Testing the stress of the EU:
EU law after the financial crisis – Proceeding of the Conference
on 8 May 2015, Escuela Diplomática, Madrid 771

Arvid Arntz: Will Substitutes from a Comparative Perspective –
Konferenz am 27. und 28. März 2015 in Oxford 774

Oliver Unger: Der verfahrensrechtliche Rahmen der richterlichen
Rechtsfortbildung – Jahrestreffen des Vereins der Freunde des
Hamburger Max-Planck-Instituts am 20. Juni 2015 in Hamburg 776

V. Bibliothek

Uwe Kischel: Rechtsvergleichung (2015) (*Mathias W. Reimann*) 781

Jens Kleinschmidt: Delegation von Privatautonomie auf Dritte (2014)
(*Reinhard Greger*) 785

Giuditta Cordero-Moss: International Commercial Contracts (2014)
(*Jennifer Antomo*) 787

Bram Akkermans, Ernst Marais, Eveline Ramaekers (eds.): Property Law
Perspectives II (2013) (*Caroline S. Rupp*) 789

Claire Fenton-Glynn: Children's Rights in Intercountry Adoption –
A European Perspective (2014) (*Katharina Dahm*) 791

Zu guter Letzt

Christopher Clark: Rough Boys 794

ZEuP

Wirtschaft und Recht in Osteuropa

WiRO 8/2016 · 25. Jahrgang

Ständige Mitarbeiter und Korrespondenten: *Albanien:* VRiBPatG Wolfgang Stoppel – *Belarus:* Jegor Zelianouski, RA Alexander Liessem – *Bosnien und Herzegowina:* RA Tomislav Pintarić – *Bulgarien:* RAin Stela Ivanova – *Estland:* Mirjam Vili, LL.M., RA Mark Butzmann – *Kasachstan:* Dmitry Marenkov – *Kosovo:* Prof. Dr. Dr. h.c. Herbert Küpper – *Kroatien:* RA Tomislav Pintarić – *Lettland:* Elisabete Krivcova, LL.M., RA Theis Klauberg, LL.M., MBA – *Litauen:* Ruta Motiejunaite, RA Frank Heemann – *Moldawien:* RA Axel Bormann – *Mongolei:* Dr. Dietrich Nelle – *Polen:* RAin Tina de Vries – *Rumänien:* RA Axel Bormann – *Russische Föderation:* Antje Himmelreich – *Serbien:* RA Tomislav Pintarić – *Slowakische Republik:* RA Dr. Petr Bohata – *Slowenien:* RA Tomislav Pintarić – *Tschechische Republik:* RA Dr. Petr Bohata – *Ukraine:* Antje Himmelreich – *Ungarn:* Prof. Dr. Dr. h.c. Herbert Küpper



INHALT

Aufsätze und Berichte

R. Zielke	Russisch-deutsche Fallstudien zur Steuerplanung	225
R. Lewandowski/P. Wołowski	„Politik der zweiten Chance“ als Hauptziel der Reform des Insolvenzrechts in Polen	233
M. Wietzorek	Zur Verbürgung der Gegenseitigkeit im Verhältnis zur Ukraine	239

Dokumente und Materialien

T. de Vries	Polen: Restrukturierungs- und Insolvenzrecht – Teil 4: Insolvenzrecht	242
-------------	---	-----

IOR-Chronik

Russische Föderation	Verfassungsgesetz über den Menschenrechtsbeauftragten in der RF	247
Ukraine	Gesetze über das Antimonopolkomitee, über den Schutz gegen unlauteren Wettbewerb, über Konzessionen, über die Industrieparks, Strafgesetzbuch, Strafprozessordnung, Gesetze über die externe Arbeitsmigration, u.a.	248
Tschechische Republik	Gesetze über die Vergabe von öffentlichen Aufträgen, zum Schutz der Staatsgrenzen, über Glücksspiele, über die strafrechtliche Verantwortung von juristischen Personen, Strafprozessordnung u.a.	249
Ungarn	Gesetz über die nationalen Heimstättenbeschaffungsgemeinschaften, Gesetz in Bezug auf die Arbeitsverrichtung am Sonntag u.a.	252
Montenegro	Gesetze über den Zoll, Energiegesetz, über die Anwendung der Übereinkunft über die Herstellung der Bedingungen für eine faire und freie Wahl	253
Republik Moldau	Gesetz über die staatliche Eintragung der juristischen Personen und Individualunternehmen	253
Albanien	Gesetze über ehrenamtliche Tätigkeiten, über Einlagensicherungen, über die gesetzliche Rechnungsprüfung u.a.	254

Aus der Tätigkeit der IRZ

Russische Föderation	254
----------------------	-----



FACHZEITSCHRIFT FÜR
WIRTSCHAFTSRECHT
27. Jg., Heft 08, August 2016

Zitiervorschlag:
ecolex 2016, Seite
ecolex 2016/Nummer

HERAUSGEBER:
Hon.-Prof. Dr. G. KUCSKO, RA
Univ.-Prof. Dr. W. MAZAL
Univ.-Prof. Dr. Dr. h. c. P. OBERHAMMER
Univ.-Prof. Dr. J. REICH-ROHRWIG, RA
Hon.-Prof. Dr. Ch. SCHMELZ, RA
Univ.-Prof. MMag. Dr. J. SCHUCH, StB
Mag. Philip VONDRAK, StB und RA
Univ.-Prof. Dr. G. WILHELM

BEIRAT:
Univ.-Prof. DDr. W. BARFUSS

Sen.-Präs. d. VwGH Dr. L. BUMBERGER
Univ.-Prof. Dr. B.-Ch. FUNK
Univ.-Prof. Dr. H. KREJCI
Dr. J. E. LANGER
Univ.-Prof. DDr. H. MAYER
Univ.-Prof. HR Dr. M. NEUMAYR
Univ.-Prof. Dr. G. H. ROTH
Univ.-Prof. Dr. W. SCHRÄMMEL
Univ.-Prof. Dr. V. TRSTENJAK
Univ.-Prof. Dr. R. WELSER
Min.-Rat Dr. W. WIESNER

SCHRIFTFLEITUNG:
Univ.-Prof. Dr. G. WILHELM

STÄNDIGE MITARBEITER:
Univ.-Ass. Mag. A. BALTHASAR
Hon.-Prof. Dr. A. DUSCHANEK
Sen.-Präs. d. OLG Wien iR ao. Univ.-Prof.
Dr. G. ERTL
Mag. J. FISCHERLEHNER

MMag. Dr. K. H. HILBER, StB
Univ.-Ass. Mag. M. HÖCHER
Univ.-Prof. Dr. M. HOLOUBEK
Dr. St. KÖCK, RA
Univ.-Prof. Dr. M. LANG
Mag. M. LAUDACHER
Dr. I. MOSER
Dr. E. PRIMOSCH
Dr. Th. RABL, RA
Mag. B. RENNER
Dr. R. SCHANDA, RA
Univ.-Prof. Dr. F. SCHRANK
Dr. Ch. SCHUMACHER, LL. M., RA
Univ.-Prof. Dr. H. SCHUMACHER, RA
Univ.-Doz. Dr. St. SCHWARZER
Dr. A. SPITZL
Dr. B. TONNINGER, RA
Dr. W. URBANTSCHITSCH
Dr. M. WINDISCH-GRAETZ
Dr. M. WOLLER, RA
Mag. Dr. H. WOLLMANN, LL. M., RA

DAS LOHN- UND SOZIALDUMPING-BEKÄMPFUNGSGESETZ

Das Lohn- und Sozialdumping-Bekämpfungsgesetz Julia Schitter	656
Entsendung oder grenzüberschreitende Arbeitskräfteüberlassung? Daniela Krömer	660
Zum Anwendungsbereich des LSD-BG bei grenzüberschreitender Tätigkeit Erwin Rath	663
Auftraggeberhaftung nach § 9 LSD-BG Clemens Schöfmann	666

EDITORIAL

„Bewegliches System“ (bewSy) – Was ist das? Georg Wilhelm	653
Impressum	U3

ZIVIL- UND UNTERNEHMENSRECHT

Pauschalpreis beim Bauvertrag: Von der Ausschreibung bis zur Abrechnung Hans Gölles	670
Zur bereicherungsrechtlichen Rückabwicklung einer Vertragsübernahme Merve Cetin	675
OGH 24. 5. 2016, 8 Ob 111/15 d	• Verlegung eines Servitutswegs (Lukas-Sebastian Swoboda) 678
OGH 27. 1. 2016, 7 Ob 108/15 f	• Vorgemerktetes Eigentum legitimiert zur Eigentumsfreiheit analog 679
OGH 26. 4. 2016, 6 Ob 27/16 p	• Konkludente Willenserklärung 680
OGH 30. 3. 2016, 4 Ob 14/16 m	• Fälligkeit des Werklohns: Verbesserung durch Dritte 680
OGH 28. 6. 2016, 8 Ob 101/15 h	• Unzumutbarkeit primärer Gewährleistungsbefehle (Lukas-Sebastian Swoboda) 680
OGH 31. 3. 2016, 1 Ob 201/15 p	• Zur Unwirksamkeit der Kündigung durch ein unzuständiges Organ (Marie Fritzer) 680
OGH 20. 4. 2016, 5 Ob 7/16 i	• Eigentumseintragung unter Verletzung eines dinglichen Vorkaufsrechts 681
OGH 27. 1. 2016, 4 Ob 173/15 t	• Schadenersatz: Bewusstes Verschweigen der Existenz einer Antragsberechtigten nach dem Entschädigungsfondsgesetz 681
OGH 30. 3. 2016, 6 Ob 232/15 h	• Verjährung von Schadenersatzansprüchen bei mangelhafter Erfüllung und Verzögerung (Martina Melcher) 682
OGH 21. 4. 2016, 9 Ob 12/16 d	• Liegenschaftsveräußerer haftet nicht als (zusätzlicher) Bauträger (Ljubica Mrvošević) 683
OGH 17. 3. 2016, 2 Ob 112/15 g	• Verkehrsofferentschädigung bei Arbeitsunfall mit Gabelstapler (Martina Melcher) 683
OGH 2. 9. 2015, 7 Ob 111/15 x	• Rechtsschutzversicherung bei Fremdwährungskrediten (Gunter Ertl) 684
OGH 2. 9. 2015, 7 Ob 110/15 z	• Konstitutives und deklaratives Anerkenntnis in der Haftpflichtversicherung 684

DISPUTE RESOLUTION

Haben Van Uden & Co ausgedient? Bernhard König	685
Kartellrechtswidrigkeit von Schiedsvereinbarungen Michael Nueber	686
OGH 25. 5. 2016, 7 Ob 61/16 w	• Zur Interventionswirkung der Streitverkündung 689
OGH 7. 6. 2016, 10 Ob 36/16 s	• Rechtsgrund des Eigentumserwerbs ist nicht feststellungsfähig 689
OGH 18. 5. 2016, 3 Ob 22/16 f	• Zum Vorgehen des Gerichtsvollziehers mangels Erlags des Kaufpreises bei der Versteigerung 689
OGH 25. 5. 2016, 2 Ob 187/15 m	• Zur Abtretung von Ansprüchen bei Insolvenz des Bauträgers 689
OGH 27. 4. 2016, 3 Ob 233/15 h	• Anfechtbarkeit des Erwerbs des Vormanns ist Vorfrage im Prozess gegen Rechtsnehmer 690

OGH 14. 6. 2016, 3 Ob 58/16z	• Im Ausland erteilte Ermächtigung zur Forderungsbetreibung in Österreich nicht wirksam	690
EuGH 16. 6. 2016, C-511/14	• Zum Begriff der unbestrittenen Forderung in der EuVTVO	690
EuGH 16. 6. 2016, C-12/15	• Finanzieller Verlust auf einem Bankkonto kein Anknüpfungspunkt für Deliktsgerichtsstand der EuGVVO	691

GESELLSCHAFTSRECHT

Haftung für verzögerte Depotübertragung? Thomas Kainz		692
OGH 23. 2. 2016, 6 Ob 160/15 w	• Verantwortlichkeit von Vorstandsmitgliedern und Geschäftsführern: Business Judgement Rule auch vor dem 1. 1. 2016 anwendbar, und zwar auch bei Privatstiftungen (<i>Johannes Reich-Rohrwig</i>)	695
OGH 14. 1. 2016, 6 Ob 186/15 v	• Verwechslungsgefahr bei Firmennamen	702
OGH 23. 2. 2016, 6 Ob 207/15 g	• Heilung von Formmängeln durch Eintragung in das Firmenbuch	703
OGH 21. 12. 2015, 6 Ob 181/15 h	• Zweikontenmodell bei der GmbH & Co KG	703
OGH 29. 3. 2016, 8 Ob 76/15 g	• Zur Haftung des Abschlussprüfers bei nicht sorgfältiger Prüfung	704
OGH 23. 2. 2016, 6 Ob 171/15 p	• Zur Einlagenrückgewähr bei der GmbH & Co KG – analoge Anwendung des § 25 GmbHG	705

WETTBEWERBS- UND IMMATERIALGÜTERRECHT

Neue EU-Richtlinie zum Schutz von Geschäftsgeheimnissen Christian Gassauer-Fleissner		707
OGH 30. 3. 2016, 4 Ob 254/15 d	• Ständesrechtliche Werberegeln und Verstöße gegen Lauterkeitsrecht (<i>Bernhard Tonninger</i>)	709
OGH 20. 4. 2016, 4 Ob 75/16 g	• Fremdbefüllungsverbot und aggressive Geschäftspraktiken (<i>Michael Horak</i>)	710
OGH 24. 5. 2016, 4 Ob 112/16 y	• Internationale Zuständigkeit – Speichermedienvergütung (<i>Adolf Zemann</i>)	711

ARBEITSRECHT

Fristunterbrechung für Beendigungsansprüche beim Entlassungsschutz Ernst Eypeltauer		712
OGH 25. 6. 2015, 9 ObA 117/15 v	• Verbot des Arbeitgebers, einen islamischen Gesichtsschleier (Niqab) zu tragen, nicht diskriminierend	714
OGH 21. 4. 2016, 9 ObA 23/16 x	• Entgeltfortzahlung des Arbeitgebers bei nicht gegebenem Wochengeldanspruch	717
OGH 21. 4. 2016, 9 ObA 43/16 p	• Vorzeitiger Austritt wegen Gesundheitsgefährdung (Burn-out)	719
OGH 18. 3. 2016, 9 ObA 16/16 t	• Entfall der Jahresremuneration im Gastgewerbe bei unbegründetem Austritt	720

STEUERRECHT

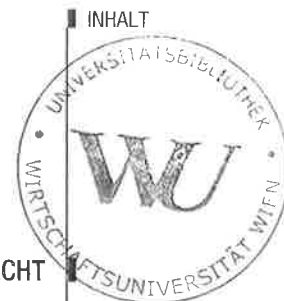
Folgeentscheidung des VwGH zur Firmenwertabschreibung Lukas Mechtler / Erik Pinetz		721
VwGH 27. 4. 2016, 2013/13/0038	• VwGH zur Nichtfestsetzung bei der Wegzugsbesteuerung (<i>Lukas Mechtler</i>)	726
VwGH 16. 12. 2015, 2013/15/0117	• Mittelpunkt der Lebensinteressen nach dem DBA Österreich-Schweiz (<i>Stephanie Zolles</i>)	728
BFG 23. 6. 2015, RV/7100442/2011	• Differenzwerbungskosten nur bei erheblichem Unterschied der Kaufkraftwerte im jeweiligen bereisten Ausland (<i>Nadine Oberbauer</i>)	729

ÖFFENTLICHES WIRTSCHAFTSRECHT

Schutz vor unerbetenen Nachrichten Andreas Gerhartl		732
VwGH 20. 4. 2016, Ro 2016/04/0003	• Örtliche Zuständigkeit des LVwG in Angelegenheiten der Gewerbeberechtigung (<i>Edmund Primosch</i>)	735
VwGH 16. 3. 2016, Ra 2014/05/0002	• Keine verwaltungsstrafrechtliche Verantwortlichkeit des ständigen Vertreters einer ausländischen AG (<i>Edmund Primosch</i>)	736
VwGH 1. 3. 2016, Ra 2015/11/0079	• Zustellung eines Bescheids durch Ablage in einem Pkw (<i>Edmund Primosch</i>)	737

EUROPA

Neues aus Europa – Aktuelle Rechtsetzung und Entscheidungen der EU Ulrike Giera / Maximilian Hautzenberg / Markus-Florian Rummel		737
Unionsrechtskompatibilität: Keine Bindung an Höchstgerichte – insb nicht bei Judikaturdivergenz (zB Glücksspielmonopol)?! Alfred Grof		739
Rechtsprechungübersicht Europäische Gerichte Agnes Balthasar-Wach		742



Neue Zeitschrift für Gesellschaftsrecht

NZG 22/2016



Mit Redaktionsbeilage zum 71. Deutschen Juristentag in Essen

Inhalt

Aufsätze			
		<i>M. Pöschke/Th. Steenbreker</i> , Gewinnunabhängige Auszahlungen an Kommanditisten	841
		<i>S. W. Tissen</i> , Die Informationsvorlagepflicht der Aktiengesellschaft im Spruchverfahren	848
		<i>M. Staake</i> , Arbeitnehmersvertreter als unabhängige Aufsichtsratsmitglieder?	853
Bericht		<i>U. Baeck/Th. Winzer/D. Hies</i> , Neuere Entwicklungen im Arbeitsrecht - Neue Einschränkung des Widerspruchsrechts bei Kettenbetriebsübergängen	857
Literatur		<i>G. Spindler/E. Stilz</i> , Aktiengesetz (<i>K. von der Linden</i>)	861
		<i>D. Driesch/J. Riese/J. Schlüter/Th. Senger</i> , Beck'sches IFRS-Handbuch (<i>Red.</i>)	861
Rechtsprechung			
<i>Personengesellschaftsrecht</i>			
OLG Brandenburg	26. 2.16 – 7 W 129/15	Bezeichnung mehrerer Kanzleien als „Rechtsanwaltskanzlei“	862
<i>Kapitalgesellschaftsrecht</i>			
OLG Frankfurt a.M.	5. 2.16 – 21 W 69/14	Ermittlung des Barwerts bei gekündigtem Gewinnabführungs- und Beherrschungsvertrag	862
LSG Nieders.-Bremen	16.12.15 – L 2 R 268/15	Vetorecht in Gesellschafterversammlung als Kriterium zur sozialrechtlichen Einstufung (Ls.)	864
OLG München	8. 7.15 – 7 U 3130/14	Haftung des Geschäftsleiters bei M&A-Transaktionen (Ls.)	865
<i>Kapitalmarktrecht</i>			
OLG Stuttgart	4. 5.16 – 9 U 230/15	Keine Kündigung eines Bausparvertrags durch Bausparkasse (Ls.)	865
OLG Köln	27. 1.16 – 13 U 279/15	Kündigungsrecht einer Bausparkasse nach Zuteilungsreife (Ls.)	865
<i>Umwandlungsrecht</i>			
OLG Frankfurt a.M.	1. 3.16 – 21 W 22/13	Schätzung der Unternehmenswerte anhand der Börsenwerte zur Feststellung der Höhe einer baren Zuzahlung (Ls.)	865
<i>Genossenschaftsrecht</i>			
AG Düsseldorf	2. 2.16 – 11 c C 24/15	Genossenschaftliche Disziplinargewalt auch gegenüber Nichtmitgliedern (Ls.)	865
<i>Handels- und Registerrecht</i>			
KG	31. 5.16 – 22 W 17/16	Durchsetzung der Anmeldung der Änderung einer inländischen Geschäftsanschrift	866
KG	31. 7.15 – 22 W 45/15	Eintragung der ordnungsgemäßen Gegenstandsänderung einer GmbH (Ls.)	866
<i>Vereinsrecht</i>			
KG	3. 5.16 – 1 W 507/15	Grundbuchnachweis der Mitgliedschaft im Aufsichtsbeirat eines eingetragenen Vereins	867
<i>Verfahrens- und Kostenrecht</i>			
BGH	12. 4.16 – II ZR 297/15	Streitwert und Beschwer einer Klage gegen Beendigung des Dienstverhältnisses eines GmbH-Geschäftsführers (Ls.)	868

Insolvenzrecht

- OLG Düsseldorf 14.12.15 – I-26 W 17/14 [AktE] Vergütungsanspruch des gemeinsamen Vertreters bei Eröffnung des Insolvenzverfahrens im Spruchverfahren keine Insolvenzforderung (Ls.) 868
- LG Berlin 24. 3.16 – 20 T 27/16 Eintragung der mangelnden Vertretungsmacht eines insolventen Gesellschafters ins Grundbuch (Ls.) 868

Arbeitsrecht

- LAG Berlin-Bbg. 26.11.15 – 10 Sa 1501/15 Anforderungen an ordnungsgemäßes Konsultationsverfahren bei Massenentlassungen in Konzernunternehmen (Ls.) 869

Steuerrecht

- EuGH 9. 6.16 – C-332/14 Vorsteuerabzug bei gemischt genutzten Gebäuden – Wolfgang und Dr. Wilfried Rey Grundstücksgemeinschaft GbR 869
- BGH 5. 4.16 – II ZR 62/15 Erstattungspflicht einbehaltener Kapitalertragsteuer bei einer Personenhandels-gesellschaft im Insolvenzverfahren 873
- BFH 28. 4.16 – IV R 20/13 Verfassungsmäßigkeit der Verlustausgleichs- und -abzugsbeschränkung aus betrieblichen Termingeschäften (Ls.) 875
- FG Hessen 1.12.15 – 4 K 1355/13 Entnahmen im Rückwirkungszeitraum bei Einbringung eines Einzelunternehmens in Kapitalgesellschaften 875

Sonstiges Zivilrecht

- BGH 18. 2.16 – IX ZR 191/13 Einbeziehung von Vermögensinteressen Dritter bei Schadensberechnung 878
- BGH 5. 4.16 – XI ZR 440/15 Nachweis des Erbrechts durch Vorlage des eröffneten eigenhändigen Testaments (Ls.) 880

Jetzt Platz sichern!

Wir geben bereits jetzt für über **90%** unserer **Fachanwalts-Lehrgänge** in 2016 eine **Durchführungsgarantie**

ARBER seminare Anwaltsfortbildung

Tel. 07066 - 90 08 0 | kontakt@ARBER-seminare.de | www.ARBER-seminare.de

Anzeigen der Rubrik

„Schulungen/Seminare/Tagungen“

erscheinen auch online unter

www.beck-stellenmarkt.de/Weiterbildung



Beilagen

Mit dieser Ausgabe verbreiten wir folgende Beilagen:

- Erich Schmidt Verlag GmbH & Co. KG
- Verlag C.H.BECK

Wir bitten unsere Leser um Beachtung!



ISSN 1434-9272

NZG – Neue Zeitschrift für Gesellschaftsrecht

Schriftleitung:

Rechtsanwalt Professor Dr. Martin Weber.
Beethovenstraße 7b, 60325 Frankfurt a. M.; Telefon: (0 69) 75 60 91-0; Telefax: (0 69) 75 60 91-49; E-Mail: NZG@beck-frankfurt.de

Verlagsredaktion:

Rechtsanwalt Professor Dr. Martin Weber (verantwortlich für den Textteil).

Manuskripte: Manuskripte sind an die Redaktion zu senden. Der Verlag haftet nicht für Manuskripte, die unverlangt eingereicht werden. Sie können nur zurückgegeben werden, wenn Rückporto beigefügt ist. Die Annahme zur Veröffentlichung muss schriftlich erfolgen. Mit der Annahme zur Veröffentlichung überträgt der Autor dem Verlag C.H.BECK an seinem Beitrag für die Dauer des gesetzlichen Urheberrechts das exklusive, räumlich und zeitlich unbeschränkte Recht zur Vervielfältigung und Verbreitung in körperlicher Form, das Recht zur öffentlichen Wiedergabe und Zugänglichmachung, das Recht zur Aufnahme in Datenbanken, das

Recht zur Speicherung auf elektronischen Datenträgern und das Recht zu deren Verbreitung und Vervielfältigung sowie das Recht zur sonstigen Verwertung in elektronischer Form. Hierzu zählen auch heute noch nicht bekannte Nutzungsformen. Das in § 38 Abs. 4 UrhG niedergelegte zwingende Zweitverwertungsrecht des Autors nach Ablauf von 12 Monaten nach der Veröffentlichung bleibt hiervon unberührt.

Urheber- und Verlagsrechte: Alle in dieser Zeitschrift veröffentlichten Beiträge sind urheberrechtlich geschützt. Das gilt auch für die veröffentlichten Gerichtsentscheidungen und ihre Leitsätze, denn diese sind geschützt, soweit sie vom Einsender oder von der Schriftleitung erarbeitet oder redigiert worden sind. Der Rechtsschutz gilt auch gegenüber Datenbanken und ähnlichen Einrichtungen. Kein Teil dieser Zeitschrift darf außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ohne schriftliche Genehmigung des Verlags in irgendeiner Form vervielfältigt, verbreitet oder öffentlich wiedergegeben oder zugänglich gemacht, in Datenbanken aufgenommen, auf elektronischen Datenträgern gespeichert oder in sonstiger Weise elektronisch vervielfältigt, verbreitet oder verwertet werden.

Anzeigenabteilung: Verlag C.H.BECK, Anzeigenabteilung, Wilhelmstraße 9, 80801 München, Postanschrift: Postfach 40 03 40, 80703 München. Media-Beratung: Telefon (0 89) 3 81 89-687, Telefax (0 89) 3 81 89-589. Disposition: Herstellung Anzeigen, technische Daten, Telefon (0 89) 3 81 89-598, Telefax (0 89) 3 81 89-599, E-Mail anzeigen@beck.de Verantwortlich für den Anzeigenteil: Bertram Götz.

Verlag: Verlag C.H.BECK oHG, Wilhelmstr. 9, 80801 München, Postanschrift: Postfach 40 03 40, 80703 München, Telefon: (0 89) 3 81 89-0, Telefax: (0 89) 3 81 89-3 98, Postbank München IBAN: DE82 7001 0080 0006 2298 02, BIC: PBNKDEFFXXX.

Erscheinungsweise: Dreimal im Monat.

Bezugspreise 2016: Jährlich € 395,- (inkl. MwSt.). Vorzugspreis für Bezieher unserer Zeitschrift NJW € 369,- (inkl. MwSt.). Einzelheft: € 14,- (inkl. MwSt.). **Versandkosten** jeweils zuzüglich. Die Rechnungsstellung erfolgt zu Beginn eines Bezugszeitraumes. Nicht eingegangene Exemplare können nur innerhalb von 6 Wochen nach dem Erscheinungstermin reklamiert werden.

Jahrestitellei und -register sind nur noch mit dem jeweiligen Heft lieferbar.

Bestellungen über jede Buchhandlung und beim Verlag.

KundenserviceCenter: Telefon: (0 89) 3 81 89-750, Telefax: (0 89) 3 81 89-358. E-Mail: bestellung@beck.de

Abbestellungen müssen 6 Wochen vor Jahresschluss erfolgen.

Adressenänderungen: Teilen Sie uns rechtzeitig Ihre Adressenänderungen mit. Dabei geben Sie bitte neben dem Titel der Zeitschrift die neue und die alte Adresse an.

Hinweis gemäß § 7 Abs. 5 der Postdienste-Datenschutzverordnung: Bei Anschriftenänderung des Beziehers kann die Deutsche Post AG dem Verlag die neue Anschrift auch dann mitteilen, wenn kein Nachsendeantrag gestellt ist. Hiergegen kann der Bezieher innerhalb von 14 Tagen nach Erscheinen dieses Heftes beim Verlag widersprechen.

Druck: Kessler Druck und Medien GmbH & Co. KG, Michael-Schäffer-Straße 1, 86399 Bobingen.

NZG

INHALT

EDITORIAL

- 147 Neue Verrechnungspreisdokumentationspflichten für multinationale Unternehmensgruppen

AUFSÄTZE

- 150 Management-Buy-Out und Verbot der Einlagenrückgewähr, die Zweite
Johannes Mitterecker

JUDIKATUR

- 158 Business Judgement Rule – allgemein und insbesondere bei der Privatstiftung
OGH 23.05.2016, 6 Ob 160/15w
- 165 Geltendmachung von Ansprüchen der GmbH aus Einlagenrückgewähr
OGH 26.04.2016, 6 Ob 72/16f
- 167 Sittenwidrigkeit gesellschaftsvertraglicher Abfindungsbeschränkungen wegen Gläubigerbenachteiligung
OGH 30.03.2016, 6 Ob 35/16i

FIRMENBUCH-PRAXIS

- 172 Bestellung eines GmbH-Geschäftsführers mittels beglaubigten Gesellschafterbeschlusses
Wilhelm Birnbauer

ANGRENZENDES STEUERRECHT

AUFSÄTZE

- 175 § 2 Abs 4a EStG: Einkünftezurechnung bei „zwischenengeschalteten“ Kapitalgesellschaften nach dem AbgÄG 2015
Sebastian Bergmann
- 181 Zur Abzugsfähigkeit von Teilwertabschreibungen im Körperschaftsteuerrecht
Christoph Marchgraber

JUDIKATUR

- 191 Keine rückbezogene Einlagebewertung bei zusammenschlussbedingter Übertragung von nicht begünstigtem Vermögen
VwGH 20. 1. 2016, 2012/13/0013, (vorgehend UFS 30. 11. 2011, RV/0733-W/11), (Anmerkung von Sebastian Bergmann)
- 194 Zum Spannungsfeld zwischen § 9 Abs 7 Satz 1 und § 12 Abs 3 Z 3 KStG bei der Veräußerungsverlustverwertung in Unternehmensgruppen
VwGH 10. 3. 2016, 2013/15/0139, (vorgehend UFS 31. 1. 2013, RV/0903-L/12), (Anmerkung von Sebastian Bergmann)

AKTUELL

- 199 Aktuelle Ereignisse und Entwicklungen in Gesetzgebung und Praxis
Christian Feldt

SERVICETEIL

- 201 Bücherliste
- 203 Autorensseiten
- 204 Impressum

Aufsätze

<i>Lohse, Kai</i> Alles auf Aufnahme? – Dashcam im Fokus	953
<i>Schumacher, Dr. Antje</i> Das Versicherungsjunktum bei der anwaltlichen Partnerschaftsgesellschaft mit beschränkter Berufshaftung	964
Bücher	969
Literaturhinweise	971



Rechtsprechung

Versicherungsvertragsrecht

Lebensversicherung

BGH	1. 6. 2016 (IV ZR 343/15)	Darlegungslast des VN zur Bemessung des Bereicherungsanspruchs bei unwirksamer fondsgebundener Lebensversicherung	973
BGH	8. 6. 2016 (IV ZR 346/15)	Kündigung einer Direktversicherung mit unwiderruflicher Bezugsberechtigung durch den Arbeitgeber bei bestehendem Arbeitsverhältnis	974

Berufsunfähigkeitsversicherung

OLG Karlsruhe	18. 12. 2015 (9 U 104/14)	Anforderungen an eine Änderungsmitteilung des Versicherers in der Berufsunfähigkeitsversicherung	978
LG Dortmund	2. 4. 2015 (2 O 275/11)	Treuwidrigkeit des Angebots einer befristeten Kulanzleistung	980

Krankheitskostenversicherung

LG Fulda	25. 1. 2016 (1 S 153/15)	Wirksamkeitsvoraussetzungen für die Aufforderung des VN zum Nachweis des Eintritts der Versicherungspflicht in der gesetzlichen Krankenversicherung	982
----------	--------------------------	---	-----

Betriebshaftpflichtversicherung

OLG Stuttgart	25. 4. 2016 (7 U 215/15)	Einschluss von notwendigen Vorarbeiten in den Versicherungsschutz	983
---------------	--------------------------	--	-----

Rechtsschutzversicherung

OLG München	3. 6. 2016 (25 U 1054/15)	Darlehensverträge zwischen nichtehelichen Lebenspartnern unterfallen nicht dem Ausschluss des § 3 Abs. 4 b ARB 07	985
-------------	---------------------------	---	-----

Wohngebäudeversicherung

OLG Naumburg	19. 2. 2015 (4 U 51/14)	Mietrechtliche Sphärentheorie hinsichtlich Verursachung eines Brandes beim Ausgleichsanspruch des Wohngebäudeversicherers	986
--------------	-------------------------	---	-----

Vertriebsrecht

Versicherungsvermittler

OLG Naumburg	12. 3. 2015 (4 U 61/14)	Gesamtschuldnerische Haftung von Versicherer und Vertreter für Falschberatung über die fehlende Absicherung eines Kindes bei der Rürup-Rente	988
--------------	-------------------------	---	-----

Haftungsrecht

Arzthaftung

OLG Hamm	17. 3. 2015 (26 U 108/13)	Schmerzensgeld für Fehlbehandlung bei der Geburt mit Anmerkung: <i>Lothar Jaeger</i>	990
OLG Köln	9. 12. 2015 (5 U 184/14)	Prüfungspflichten bei Übersetzung der ärztlichen Aufklärung eines sprachunkundigen Patienten durch dessen Ehefrau	994

Geschäftsführung ohne Auftrag

BGH	11. 3. 2016 (V ZR 102/15)	Anspruch des Grundstücksbesitzers aus berechtigter Geschäftsführung ohne Auftrag bei Entfernung eines unbefugt auf dem Grundstück abgestellten Kfz	996
-----	---------------------------	---	-----

Insolvenz

BGH	7. 4. 2016 (IX ZR 145/15)	Keine Insolvenzanfechtung bei Zahlung einer Versicherungsprämie für private Krankenversicherung aus insolvenzfreiem Vermögen	998
BGH	14. 4. 2016 (IX ZR 161/15)	Keine Pflicht des Insolvenzverwalters zur Aufrechterhaltung einer Haftpflichtversicherung für Geschäftsführer der insolventen GmbH	1000

Persönlichkeitsrecht

BGH	24. 5. 2016 (VI ZR 496/15)	Grobe Beleidigungen im persönlichen Umfeld ohne öffentliche Breitenwirkung erfordern nicht notwendigerweise eine Geldentschädigung	1001
-----	----------------------------	--	------

Tierarzthaftung

BGH	10. 5. 2016 (VI ZR 247/15)	Grundsätze über die Beweislastumkehr bei groben Behandlungsfehlern gelten auch im Bereich der Veterinärmedizin	1002
-----	----------------------------	---	------

Verjährung

OLG Koblenz	23. 9. 2015 (5 U 403/15)	Ende der Verjährungshemmung bei „Einschlafen“ der Verhandlungen	1004
-------------	--------------------------	---	------

Straßenverkehr

Anscheinsbeweis

OLG Frankfurt/M.	29. 3. 2016 (16 U 139/15)	Kollision im Bereich einer Autobahnauffahrt	1006
------------------	---------------------------	---	------

Prozessrecht

Anschlussberufung

BGH	2. 2. 2016 (VI ZB 33/15)	Umdeutung einer unzulässigen Berufung in eine unselbstständige Anschlussberufung	1007
-----	--------------------------	--	------

Berufungsbegründung

BGH	10. 3. 2015 (VI ZB 28/14)	Unschlüssige oder rechtlich unhaltbare Ausführungen in der Berufungsbegründung machen Berufung nicht unzulässig	1008
-----	---------------------------	---	------

Nebenintervention

OLG Frankfurt/M.	12. 5. 2015 (11 W 28/13 [Kart])	Zulässigkeit der Nebenintervention eines D&O-Versicherers trotz Prozessführungsbefugnis aus Versicherungsvertrag	1010
------------------	---------------------------------	---	------

Sozialversicherungsrecht

Krankenversicherung

BSG	31. 5. 2016 (B 1 A 2/15 R)	Unzulässigkeit eines Gruppenversicherungsvertrags durch eine Krankenkasse zur Absicherung ihrer Mitglieder bei Auslandsreisen	1011
-----	----------------------------	--	------

Auslandsrecht (Österreich)

Kfz-Haftpflichtversicherung

OGH	2. 7. 2015 (7 Ob 81/15 k)	Regress des Probefahrtenkennzeichenversicherers gegen VN wegen Unfalls bei Privatfahrt	1013
-----	---------------------------	--	------

Der Buchstabe L hinter dem Kurzinhalt bedeutet, dass von der Entscheidung nur der Leitsatz veröffentlicht wird.



Aufsätze

RA Dr. Martin Schockenhoff / RA Dr. Johannes
Culmann, LL.M. (LSE)

Rechtsschutz gegen Leerverkäufer? – Überlegungen zur Schadenersatzhaftung von Leerverkäufern gegenüber Zielunternehmen und ihren Aktionären bei gezielter Herbeiführung eines Kurssturzes

Als „aktivistische Aktionäre“ werden professionell agierende Investoren bezeichnet, die sich minderheitlich, jedoch substantiell an börsennotierten Unternehmen beteiligen und dann öffentlich Veränderungen einfordern. Ihnen geht es darum, den Aktienkurs kurz- oder mittelfristig zu erhöhen, um eine überdurchschnittliche Rendite zu erzielen. Der Wunsch nach überdurchschnittlichen Renditen steht auch hinter den jüngst bekannt gewordenen Angriffen von Leerverkäufern auf die Wirecard AG und die Ströer AG. Im Unterschied zu aktivistischen Aktionären geht es ihnen nicht um die Erhöhung, sondern um den abrupten Fall der Aktienkurse, damit sie kurzfristig Gewinne aus Leerverkäufen ziehen können. Den Schaden haben die anderen Aktionäre und die Gesellschaft. Die Verfasser untersuchen, ob sie sich mit Erfolgsaussicht wehren können.

517

PD Dr. Falk Mylich

§ 300 Nr. 3 AktG als Grundlage des Kapitalschutzes im Vertragskonzern

Ein Beherrschungs- oder Gewinnabführungsvertrag kann auch bei einer Unterbilanz oder bilanziellen Überschuldung der abhängigen Gesellschaft abgeschlossen werden. Der Beitrag arbeitet heraus, dass § 300 Nr. 3 AktG über seinen Wortlaut hinaus zur Schaffung einer ausgeglichenen Bilanz bei der abhängigen Gesellschaft innerhalb von 5 Jahren zwingt. Das gilt unabhängig von einem Jahresüberschuss. Die Vorschrift ist deshalb auch auf die vertraglich abhängige GmbH anwendbar.

529

Rechtsprechung

Vereinbarkeit der Euro-Rettungspolitik der EZB mit dem Grundgesetz

BVerfG v. 21.6.2016 – 2 BvR 2728/13, 2 BvR 2729/13,
2 BvR 2730/13, 2 BvR 2731/13, 2 BvE 13/13

538

Aktioptionen in der Insolvenz

BGH v. 9.6.2016 – IX ZR 314/14

538

Erstattung der Zinsabschläge in die Insolvenzmasse

BGH v. 5.4.2016 – II ZR 62/15

545

Marktmanipulation, Strafbarkeit des Scalping

BGH v. 25.2.2016 – 3 StR 142/15

547

Objektive Auslegung der Satzung

KG v. 12.2.2016 – 22 W 93/15

550

Unternehmensbewertung

OLG Frankfurt v. 29.1.2016 – 21 W 70/15

551

Buchbesprechungen

Benedikt Berger

Konzernausgangsschutz

(Prof. Dr. Volker Emmerich)

556

Pietro Abbadessa / Giuseppe Portale / Mario
Campobasso / Vincenzo Cariello / Umberto Tombari
(Hrsg.)

Le fonti del diritto privato. Le società per azioni

(Prof. Dr. Peter Kindler)

557

Impressum

R 232

Lutter/Hommelhoff.
Zuverlässig. Punktgenau.



otto-schmidt.de/gk19

Rechts-Report

Aus der Gesetzgebung

Neue Regelungen zu Directors' Dealings in Investmentfonds und anderen Finanzportfolios R 219

Finanzmarktaufsicht

Zweite BaFin-Veranstaltung zur Ahndungspraxis der Wertpapieraufsicht R 220

Anlegerschutz

Differenzierung zwischen Präsenz- und Distanzgeschäft R 222

Kapitalmarkt-Report

Börse

Welt-Börsenverband veröffentlicht zweiten Nachhaltigkeitsreport R 223

Deutsche Börse startet Corporate Venture Capital-Plattform R 223

SIX Swiss Exchange holt Schweizer Indexgeschäft zurück R 223

Kanadische Börsenaufsicht plant Erneuerung der technischen Systeme R 223

Smartshares feiert 20-jähriges Bestehen von ETFs in Neuseeland R 224

Börsen Taiwan und Malaysia prüfen grenzüberschreitende Zusammenarbeit R 224

Branchen- und Unternehmens-Report

Branchen-Nachrichten

Wirtschaftskriminalität in Deutschland R 224

Zunahme alternativer Antriebe auch bei Lkw R 225

Jahresabschlüsse

Centrotec Sustainable AG R 226

Henkel AG & Co. KGaA R 227

Bibliothek

Neuerscheinungen R 229

Zeitschriftenspiegel R 229

Beilagenhinweis:

Dieser Ausgabe liegen Prospekte verschiedener Verlage bei. Wir bitten unsere Leser um freundliche Beachtung.

Wie Aktienrechtler heute arbeiten: AG online

Jeder Aktienrechtler hat natürlich **Die Aktiengesellschaft (AG)**, die führende Fachzeitschrift zum Thema, abonniert.

Alles, was Sie darüber hinaus für Ihren Arbeitsalltag brauchen, können Sie als Abonnent jetzt einfach dazubuchen. Mit dem Modul **AG online** für nur 24 Euro + MwSt. pro Monat.

Sie erhalten ein erstklassiges Recherchetool, das neben der Zeitschrift auch die gewichtigen Kommentare in digitaler Form enthält sowie die renommierten Handbücher zur AG, zu Aufsichtsrat und Vorstand und speziell zur Holding auf der vertrauten Plattform von juris.



Einfach ausprobieren: **4 Wochen kostenlos**

Mehr erfahren: www.otto-schmidt.de/ag-online

juris Das Rechtsportal

ottoschmidt

Neue Zeitschrift für Kartellrecht

NZKart

Schriftleitung: Rechtsanwalt Dr. Ulrich Soltész, Brüssel

8 2016



Editorial

Günther H. Oettinger
Big Data und Wettbewerbsrecht

341

Kommentar

Ulrike Suchsland/Nadine Rossmann
„Mit Netz und doppeltem Boden“ – Bußgeldhaftung nach dem Referentenentwurf zur 9. GWB-Novelle.

342

Gabriela von Wallenberg
Erleichterung der Zusammenarbeit von Presseunternehmen und der Referentenentwurf zur 9. GWB-Novelle

343

Aufsätze

Thomas Köster
Vertraulichkeitsverpflichtungen gegenüber Dritten im Kartellvergleichsverfahren der Europäischen Kommission

345

Torsten Körber
„Ist Wissen Marktmacht?“ Überlegungen zum Verhältnis von Datenschutz, „Datenmacht“ und Kartellrecht – Teil 2

348

Markus Welzenbach
AGB-rechtliche Würdigung des pauschalierten Kartellschadensersatzes – Schienenkartell-Entscheidung des LG Potsdam

356

Raoul Hoffer
Gemeinschaftsunternehmen in Österreich – Vorlageentscheidung des KOG zur „Teilfunktion“

363

Kurze Beiträge

Florian C. Haus
Das Urteil des BGH in Pechstein / International Skating Union

366

Entscheidungen

Gerichtshof der Europäischen Union (EuGH)

EuGH 7. 7.2016 – C-567/14 Zur Lizenzgebührenpflicht bei nichtigem Patent 369

Bundesgerichtshof (BGH)

BGH 12. 4.2016 – KZR 31/14 Zur kartellrechtlichen Beurteilung eines Informationsaustausches 371

BGH 12. 4.2016 – KZR 30/14 Zu Diskriminierungsverbot und Meistbegünstigungsklausel 374

Oberlandesgerichte (OLG)

OLG Düsseldorf 22. 6.2016 – V-2 Kart 8/15 OWi Zur Verzinsung von Bußgeldern 377

OLG Düsseldorf 12. 7.2016 – VI – Kart 3/16 (V) Zur Rechtmäßigkeit einer Ministererlaubnis 380

Sonstige Gerichte

LG Frankfurt 15. 6.2016 – 2-06 O 76/16 Zur Provisionierung von Vertriebsmittlern durch Marktbeherrscher 389

Dokumentation

Rainer Bechtold
Zum Referentenentwurf für eine 9. GWB-Novelle – Ein kurzer Überblick 391



Inhaltsverzeichnis

Vorwort.....	1
Autorenverzeichnis	2
I. Die Reform der Abschlussprüfung – Hintergrund und Umsetzung	4
1. Der Weg zur Reform der Abschlussprüfung in der EU.....	4
2. Schwerpunkt auf Unternehmen von öffentlichem Interesse.....	5
3. Die Umsetzung der EU-Audit-Reform in Österreich.....	7
II. Neue Vorschriften zur Erbringung von Nicht-Prüfungsleistungen durch den Abschlussprüfer bei Unternehmen von öffentlichem Interesse.....	9
1. Einleitung.....	9
2. Verbotene Nicht-Prüfungsleistungen	9
3. Das neue Pre-Approval-Erfordernis	12
4. Zusammenfassung.....	13
III. Externe Rotation und Bestellung des Abschlussprüfers.....	14
1. Einleitung.....	14
2. Externe Rotation	14
3. Übergangsbestimmungen.....	14
4. Bestellung von Abschlussprüfern bei Public Interest Entities	15
IV. Die neue Berichterstattung des Abschlussprüfers bei Unternehmen von öffentlichem Interesse.....	17
1. Einleitung.....	17
2. Der neue Bestätigungsvermerk.....	17
3. Zusätzlicher Bericht an den Prüfungsausschuss.....	21
4. Zusammenfassung.....	23
V. Qualitätssicherung und Prüferaufsicht – das APAG.....	24
1. Einleitung.....	24
2. Aufbau und Kosten der Abschlussprüferaufsichtsbehörde.....	24
3. Inspektionen und Qualitätssicherungsprüfungen.....	25
4. Untersuchungen.....	25
5. Standardsetzung.....	25
6. Meldepflichten und öffentliches Register	25
7. Sonstige Regelungen.....	25
VI. Aufgaben und Zusammensetzung des Prüfungsausschusses nach der EU-Audit-Reform	27
1. Verpflichtung zur Einrichtung eines Prüfungsausschusses	27
2. Zusammensetzung des Prüfungsausschusses	27
3. Aufgaben des Prüfungsausschusses	28
4. Inkrafttreten	29
5. Zusammenfassung.....	29
Abkürzungsverzeichnis	30
Impressum.....	31

Wirtschaftsrecht

Die Woche im Blick

Entscheidungen

- BGH:** Anforderungen an den Nachweis eines Kartellschadens – Lotblock II (12.7.2016 – KZR 25/14)
- BGH:** Werbung mit Prüfzeichen – Vorenthalten von Informationen – LGA tested (21.7.2016 – I ZR 26/15)
- BGH:** Kennzeichnung von Textilprodukten – Textilkennzeichnung (24.3.2016 – I ZR 7/15)
- BGH:** Auskunftsanspruch eines Genusscheininhabers (14.6.2016 – II ZR 121/15)
- BGH:** Anrechnungsabrede in Handelsvertretervertrag (14.7.2016 – VII ZR 297/15)
- BGH:** SchVG – gemeinsamer Vertreter ist keine Partei kraft Amtes (14.7.2016 – IX ZA 9/16)
- BGH:** Keine Festsetzung von Vergütungen und Auslagen des gemeinsamen Vertreters (14.7.2016 – IX ZB 46/15)
- BGH:** Zur Haftung eines Anwalts für Vermögensschäden, die der Vertreter des Mandanten erleidet (21.7.2016 – IX ZR 252/15)
- BGH:** Teilentscheidung über einen Vergütungsfestsetzungsantrag des (vorläufigen) Verwalters (14.7.2016 – IX ZB 23/14)
- BGH:** Vollstreckbarerklärung eines ausländischen Schiedsspruchs (31.3.2016 – I ZB 76/15)
- BGH:** Auslegung des Klagebegehrens (21.6.2016 – II ZR 305/14)
- BGH:** Zur Anrechnung der Verfahrensgebühr (21.7.2016 – IX ZR 57/15)

Aufsatz

Prof. Dr. Walter Bayer und **Prof. Dr. Jessica Schmidt**, LL.M.

**BB-Gesetzgebungs- und Rechtsprechungsreport
Europäisches Unternehmensrecht 2015/16**

Der Beitrag gibt – im Anschluss an die Beiträge in BB 2004, 1 ff., BB 2008, 454 ff., BB 2010, 387 ff., BB 2012, 3 ff., BB 2013, 3 ff., BB 2014, 1219 ff., BB 2015, 1731 ff. – einen Überblick über die Entwicklung des Europäischen Unternehmensrechts in 2015/16 sowie die für die Zukunft zu erwartenden Maßnahmen.

Entscheidungen

- EuGH:** Gerichtliche Zuständigkeit nach der Brüssel-I-Verordnung für Schadensersatzklage bei plötzlichem Abbruch langjähriger Geschäftsbeziehungen (14.7.2016 – C-196/15) 1934
- BGH:** Fortbildungspflicht für Fachanwälte – Fachbeitrag auf eigener Homepage ist keine wissenschaftliche Publikation (20.6.2016 – AnwZ [Bfgr] 10/15) 1938

1921

1923

Steuerrecht

Die Woche im Blick

Entscheidungen

- FG Münster:** Polizeiwache als regelmäßige Arbeitsstätte einer Streifenpolizistin (19.2.2016 – 12 K 1620/15 E)
- FG Rheinland-Pfalz:** Beziehen von Polstermöbeln als Handwerkerleistungen (6.7.2016 – 1 K 1252/16)
- FG Münster:** Verbleibende Erhaltungsaufwendungen des Nießbrauchers (15.4.2016 – 4 K 422/15 E)

Verwaltung

- FinMin Rhdl-Pfalz:** Umsatzbesteuerung öffentlicher Einrichtungen: Wahlmöglichkeit nur noch bis 31.12.2016
- FinMin NRW:** Mehr als 100000 Hinweise auf Steuerhinterziehung an europäische Länder
- BReg:** Financial Intelligence Unit – Mit mehr Personal gegen Geldwäsche.

Gesetzgebung

- BR:** Bundesrat will betriebliche Nutzung von E-Bikes steuerlich fördern

Aufsätze

Prof. Dr. Andreas Söffing, StB, und **Pauline Henrich**, RAin

1941

1943

Die gemeinnützige Stiftung als Unternehmensnachfolger

Vor dem Hintergrund der Erbschaftsteuerreform gewinnt die Möglichkeit der Übertragung von Unternehmen oder Unternehmensbeteiligungen auf gemeinnützige Stiftungen neue Bedeutung. Dabei sind insbesondere Aspekte im Zusammenhang mit einem wirtschaftlichen Geschäftsbetrieb der Stiftung zu beachten. Daneben treten Fragestellungen in unterschiedlichen Steuer- und Rechtsgebieten auf, die auch bei der Wahl kombinierter Rechtsformen wie der Doppelstiftung oder einer Stiftung & Co. KG eine Rolle spielen.

Sascha Kuhn, RA

1951

Einkommensteuerliche Aspekte des arbeitgebergeförderten Sports

In Zeiten gewachsenen allgemeinen Gesundheitsbewusstseins und der wachsenden Notwendigkeit für Arbeitgeber, Arbeitnehmer in einem umfassenderen Sinn an sich zu binden, gewinnt der arbeitgebergeförderte Sport zum Beispiel in der Form des klassischen Betriebssports (wieder) erheblich an Bedeutung. Hierbei stellen sich in der Praxis eine Reihe einkommensteuerlicher Themen, die einer kurzen Betrachtung unterzogen werden sollen.

Entscheidungen

- BFH:** Grunderwerbsteuer bei Abtretung des Anspruchs auf Übertragung eines Gesellschaftsanteils (12.5.2016 – II R 26/14 – dazu BB-Kommentar von Dipl.-Kfm. **Dr. Jan F. Bron**, LL.M.oec., StB) 1956
- BFH:** Ablaufhemmung der Festsetzungsfrist bei ressortfremden Grundlagenbescheiden vor Inkrafttreten von § 171 Abs. 10 S. 2 AO (20.4.2016 – XI R 6/14) 1959

Save the date

RdF-Workshop

Aktuelle Entwicklungen im Aufsichts- und Steuerrecht für Finanzinstrumente

am 24. Oktober 2016
in Frankfurt am Main

Recht der Finanzinstrumente

Betriebs-Berater Kapitalmarkt

Workshop

<http://veranstaltungen.ruw.de/veranstaltungen/finanzmarkt>

Aktuelle Veranstaltung

33. Heidelberger Wettbewerbstage der WRP

Wettbewerbsrecht | Markenrecht | Wettbewerbsverfahrensrecht
21.–23.09.2016, Heidelberger Schloss
Weitere Infos und Anmeldung: www.wrp.de/hwt



Bilanzrecht und Betriebswirtschaft

Die Woche im Blick

Entscheidung

BFH: Kompensation des Mehrergebnisses einer Außenprüfung durch Investitionsabzugsbetrag (23.3.2016 – IV R 9/14)

Rechnungslegung

FASB: Anpassungsvorschlag zu Subtopic 958-810 veröffentlicht

FASB: Stellungnahmen zur geplanten Agenda

BaFin: Erste Zahlen für die Versicherungssparten nach dem neuen Solvency-II-Berichtswesen

Wirtschaftsprüfung

IDW: Konsultation der EU-Kommission zur Regulierung der freien Berufe – Verhältnismäßigkeit und Nationale Aktionspläne

WPK: Stellungnahme zur Konsultation der EU-Kommission zur Regulierung von Berufen

WPK: Vollmachtsdatenbank – Neues amtliches Vollmachtsformular des BMF veröffentlicht

Betriebswirtschaft

BDI/DB/IfM: Familienunternehmen besonders innovativ

KPMG/FIF: Familienunternehmen setzen zunehmend auf Teamwork

Aufsatz

Dr. Christian Malzahn, RA

IDW ERS HFA 48: Rechtliche Einordnung von Zahlungsverprechen des Abnehmers beim Reverse Factoring und ihre Folgen für die Bilanzierung

Der Hauptfachausschuss (HFA) des Instituts der Wirtschaftsprüfer (IDW) hat am 13.5.2016 einen „Entwurf einer IDW-Stellungnahme zur Rechnungslegung: Einzelfragen der Bilanzierung von Finanzinstrumenten nach IFRS 9 (IDW ERS HFA 48)“ veröffentlicht und darin (Tz. 123 ff.) auch zu Fragen der Bilanzierung von sog. Reverse-Factoring-Transaktionen Stellung genommen. Entsprechend den Vorgaben von IFRS 9 sieht der IDW mit Blick auf bestimmte Vertragsgestaltungen Anlass, aus der Sicht des Forderungsschuldners von einer Ausbuchung der abgetretenen Forderung (in der Regel aus Lieferung und Leistung) und der Erfassung einer sonstigen finanziellen Verbindlichkeit in der Bilanz auszugehen. Aus Sicht des Forderungsschuldners ist eine solche Ausweisänderung in aller Regel unerwünscht. Vor diesem Hintergrund geht der Beitrag den vertraglichen Gestaltungsmöglichkeiten von Reverse-Factoring-Geschäften nach und versucht insoweit, eine Hilfestellung bei der sachgerechten rechtlichen wie bilanziellen Erfassung dieser Geschäfte zu geben.

Entscheidung

FG Baden-Württemberg: Besteuerung eines Übernahmefolgegewinns nach § 4 Abs. 1 i.V.m. § 6 Abs. 1 UmwStG bei Verschmelzung einer GmbH auf das Einzelunternehmen des Alleingeschäfters der GmbH

(21.6.2016 – 11 K 1536/14 – dazu BB-Kommentar von

Dr. Martin Weiss, StB)

1962

Arbeitsrecht

Die Woche im Blick

Entscheidungen

BAG: Bonusanspruch – Leistungsbestimmung durch das Gericht (3.8.2016 – 10 AZR 710/14)

LAG Hessen: Kündigung eines Arbeitsverhältnisses auf Verlangen der New Yorker Finanzaufsichtsbehörde (13.7.2016 – 18 Sa 1498/15)

LAG Berlin-Brandenburg: Anspruch des Arbeitnehmers auf Schadensersatz wegen Steuerschaden bei Entgeltnachzahlung aus dem Vorjahr (13.5.2016 – 2 Sa 63/16)

LAG Berlin-Brandenburg: Entgeltzahlung bei Teilzeitbeschäftigung mit Freimonaten (13.5.2016 – 6 Sa 174/16)

ArbG Düsseldorf: Fristlose Kündigung eines Autohausverkäufers wegen Trunkenheitsfahrt bestätigt (12.7.2016 – 15 Ca 1769/16)

ArbG Berlin: Ruhegeldzahlungen der Kassenärztlichen Bundesvereinigung (12.7.2016 – 16 Ca 12713/15 und WK 16 Ca 17939/15)

Aufsatz

Dr. iur. Alexander Eufinger

Arbeitsrechtliche Aspekte der Aufklärung von Compliance-Verstößen

Organisatorische und personelle Maßnahmen von Unternehmen zur Vermeidung von Gesetzesverstößen bezeichnet man als Compliance. Neben der gesetzlichen Verpflichtung, derartige Maßnahmen einzuführen, sind sie angesichts der drohenden Rechtsfolgenrisiken – insbesondere für mittlere und größere Unternehmen – ein Gebot ökonomischer Vernunft. Gegenstand eines solchen Compliance-Maßnahmenkatalogs ist unter anderem auch die unternehmensinterne Aufklärung von Verstößen gegen gesetzliche Vorgaben. Hierdurch wird Unternehmen die Möglichkeit eröffnet, proaktiv gegen Compliance-Verstöße seiner Mitarbeiter vorzugehen und ein gleichgelagertes Fehlverhalten in der Zukunft zu unterbinden. Allen arbeitgeberseitigen Maßnahmen der Aufklärung von Gesetzesverstößen ist gemein, dass sie unter dem Primat der arbeitsrechtlichen Zulässigkeit stehen. Wird bei der Aufklärung von Compliance-Verstößen, oder gar bei der präventiven Einführung von Compliance-Maßnahmen, gegen die hierbei zu beachtenden Vorschriften des Arbeitsrechts verstoßen, läuft das Unternehmen Gefahr, einen weiteren – mitunter gravierenderen – Compliance-Verstoß zu begehen. Um negative Folgen bei der Aufklärung von Compliance-Verstößen zu vermeiden, sind Arbeitgeber gehalten, sowohl individual- als auch kollektivrechtliche Vorgaben vollumfänglich zu beachten. Dieses Spannungsfeld zwischen der Beachtung arbeitsrechtlicher Vorschriften und der effektiven Aufklärung von Gesetzesverstößen zu beleuchten, ist Gegenstand des Beitrags.

1964

Entscheidung

LAG Baden-Württemberg: Kein Unterlassungsanspruch des Europäischen Betriebsrats bei Verstoß gegen Unterrichts- und Anhörungsrechte

(12.10.2015 – 9 TaBV 2/15 – dazu BB-Kommentar von

Alexander Möller, RA/FAAarbR)

1971

1973

1967

1978

Neuerscheinung Buch

Wüstemann/Koch, Wirtschaftsprüfung case by case

Lösungen nach HGB mit Hinweisen auf ISA und US-GAAS

4. Auflage 2016, 260 Seiten, Kt., € 38,90

ISBN: 978-3-8005-5041-8 / Infos unter: www.shop.ruw.de

Die Erste Seite

Alexander R. Zumkeller, MBA, RA, Wirtschaftsmediator

Das „neue“ Arbeitsrecht aus der ablaufenden Legislaturperiode: ein (Zwischen-)Zeugnis

Jobs

Impressum/Vorschau

I

VII

VIII

BETRIEBSWIRTSCHAFT**AUFSATZ**

Sonstige BWL

BWA FiDeStAn – Finanz-, Deckungsbeitrags- und Steueranalyse (Teil 2)**Prof. Dr. Peter Knief, Köln**

Mit Hilfe moderner BWA können StB betriebswirtschaftliche Analysen von Mandantenunternehmen deutlich schneller und aussagekräftiger vornehmen. Die in Teil 2 vorgestellte BWA ermöglicht neben einem detaillierten Einblick in die Innenfinanzierung des Unternehmens auch eine schnell zu überblickende GewSt- und KSt-Berechnung. Dabei werden die Anforderungen der GoBD bereits berücksichtigt.

DB1206769

S. 1765

KOMPAKT

Handelsbilanzrecht/Rechnungslegung

DRS 23 „Kapitalkonsolidierung“ – umfangreiche Neuregelung der Vorgaben zur Kapitalkonsolidierung im HGB-Konzernabschluss**WP/StB Dr. Julia Busch / WP/StB Prof. Dr. Christian****Zwirner, beide München**

DB1209458

S. 1772

STEUERRECHT**AUFSATZ**

Internationales Steuerrecht

Die Hilfs- und Nebenrechnung i.S. der Betriebsstättengewinnaufteilungsverordnung**RA/StB Michael Greier / Jürgen Friedrich, LL.M., beide Frankfurt/M.**

Mit der Implementierung des Authorised OECD Approach in § 1 Abs. 5 AStG sowie dessen Konkretisierung durch die Regelungen der Betriebsstättengewinnaufteilungsverordnung hat die steuerliche Gewinnabgrenzung zwischen Stammbaus und Betriebsstätte wesentliche Veränderungen erfahren. Ein steuerliches Novum stellt dabei die in § 3 BsGaV verankerte Verpflichtung zur Erstellung einer Hilfs- und Nebenrechnung dar. Untersucht werden die Anforderungen von § 3 BsGaV an die Erstellung einer Hilfs- und Nebenrechnung und Ansätze zur praktischen Umsetzung aufgezeigt.

DB1192361

S. 1773

Investmentsteuergesetz

Investmentsteuerreformgesetz: Ausgewählte Problemfelder**StB/FBStR Dr. Steffen Neumann, ADIT, LL.M., Frankfurt/M.**

Trotz einer mehrjährigen Vorgeschichte enthält das kürzlich verabschiedete Investmentsteuerreformgesetz zahlreiche Problemfelder, von denen nachfolgend einige wenige dargestellt werden. Die daraus resultierenden steuerlichen Risiken sind im Einzelfall erheblich. Sofern diesen Risiken nicht im Vorfeld durch kluge Strukturierungen entgegengewirkt werden kann, bleibt zu hoffen, dass der Gesetzgeber bis zum 01.01.2018 nachbessert.

DB1210568

S. 1779

KOMPAKT

Einkommensteuer

Nichtberücksichtigung von Altersvorsorgeaufwendungen als vorweggenommene Werbungskosten verfassungsgemäß**VRiFG Thomas Müller, Köln**

DB1210465

S. 1783

VERWALTUNGSANWEISUNGEN

Bilanzsteuerrecht

Einbringung eines Wirtschaftsguts in eine PersGes. gegen Gutschrift auf dem sog. Kapitalkonto II**BMF, Schreiben vom 26.07.2016**

DB1211038

S. 1784

Einkommensteuer

Vorsorgeeinrichtungen nach der zweiten Säule der schweizerischen Altersvorsorge**BMF, Schreiben vom 27.07.2016**

DB1211039

S. 1785

Umsatzsteuer

Umsatzsteuerliche Behandlung der Einlagensicherung**OFD Niedersachsen, Verfügung vom 27.06.2016**

DB1209580

S. 1785

Abgabenordnung

Amtliche Muster für Vollmachten im Besteuerungsverfahren**BMF, Schreiben vom 01.08.2016**

DB1211168

S. 1786

ENTSCHEIDUNGEN

Gewinnermittlung

Investitionsabzugsbetrag bei unentgeltlicher Betriebsübertragung**BFH, Urteil vom 10.03.2016 – IV R 14/12**

DB1211269

S. 1786

Körperschaftsteuer

Begriff „Wirtschaftlicher Zusammenhang“ in § 34c Abs. 1 Satz 4 EStG**BFH, Urteil vom 06.04.2016 – I R 61/14**

DB1208932

S. 1788

Umwandlungssteuerrecht

Negativer Geschäftswert bei Einbringung**BFH, Urteil vom 28.04.2016 – I R 33/14**

DB1211272

S. 1792

Steuerstrafrecht

Sammelauskunftsersuchen an ein Presseunternehmen – Grundrechtsschutz nach Art. 5 Abs. 1 Satz 2 GG**BFH, Urteil vom 12.05.2016 – II R 17/14**

DB1211274

S. 1795



WIRTSCHAFTSRECHT

AUFSATZ

Insolvenzrecht

Insolvenzbedingte Lösungsklauseln – BGH bestätigt Wirksamkeit von § 8 VOB/B (2009)

RA Dr. Achim Ahrendt / RA Dr. Astrid Pohlmann-Weide
Ob Vertragsklauseln, die eine Vertragsbeendigung für den Fall einer drohenden Insolvenz ermöglichen – sog. Lösungsklauseln –, wirksam sind, ist in Rspr. und Schrifttum seit Langem umstritten. Der IX. ZS des BGH hatte Lösungsklauseln in Energielieferverträgen für unwirksam erklärt. Der VII. ZS des BGH hält sie in Form von § 8 VOB/B in Bauverträgen für zulässig. Die folgende Analyse der Entscheidung des VII. ZS zeigt im Ergebnis, dass sie dem Auftraggeber eines Bauvorhabens Planungssicherheit gewährt und hilft, Zusatzkosten durch die Verlängerung der Bauzeit zu begrenzen. Die Sanierung eines Bauunternehmens im Insolvenzverfahren wird hingegen kaum noch gelingen. Für andere Vertragstypen besteht weiterhin Rechtsunsicherheit, ob Lösungsklauseln wirksam vereinbart werden können.

DB1208069

S. 1798

KOMPAKT

GmbH-Recht

Verlängerung des mit der GmbH & Co. KG geschlossenen Geschäftsführervertrags durch Insichgeschäft des Geschäftsführers**RA Dr. Günter Seulen / RAin Sarah Scharf, Köln**

DB1211120

S. 1801

ENTSCHEIDUNGEN

GmbH-Recht

Zur Löschung der Handelsregistereintragung über Löschung einer GmbH wegen Vermögenslosigkeit OLG Düsseldorf, Beschl. v. 01.03.2016 – I-3 Wx 191/15

DB1211281

S. 1802

GmbH-Recht

Zur Prüfungspflicht des Registergerichts bei Eintragung der Abberufung bzw. Bestellung eines GmbH-Geschäftsführers**KG Berlin, Beschl. v. 03.06.2016 – 22 W 20/16**

DB1208578

S. 1806

Wettbewerbsrecht

Wettbewerbsrechtlich unzulässige Ausgestaltung der Facebook-Funktion „Freunde finden“**BGH, Urteil vom 14.01.2016 – I ZR 65/14**

DB1210237

S. 1807

ARBEITSRECHT

AUFSATZ

Kündigungsrecht/Datenschutz

Das ordnungsgemäße Angebot eines Betrieblichen Eingliederungsmanagements**RAin/FAinArbR Kathrin Vossen, Köln**

Das Thema Betriebliches Eingliederungsmanagement gewinnt besonders im Kündigungsschutzrecht an Bedeutung. So wird die krankheitsbedingte Kündigung ohne ein ordnungsgemäßes Angebot eines Betrieblichen Eingliederungsmanagements faktisch nicht durchsetzbar. Aus diesem Grund werden die Anforderungen an Inhalt und Gestaltung eines ordnungsgemäßen Einladungsschreibens als Ausgangspunkt des Betrieblichen Eingliederungsmanagements behandelt. Dabei bilden die Hinweise zu Datenerhebung und Datenverwendung einen Schwerpunkt.

DB1208132

S. 1814

KOMPAKT

Urlaubsrecht

Voller Urlaubsanspruch trotz Unterbrechung des Arbeitsverhältnisses**RA/FAAarbR Dr. Frank Zaumseil, Frankfurt/M.**

DB1208430

S. 1820

Entgeltrecht

Mindestlohn auch für Bereitschaftsdienste**RA/FAAarbR Golo Busch / RAin Dorothee Cordes, Münster**

DB1209488

S. 1821

ENTSCHEIDUNGEN

Betriebsverfassungsrecht/Betriebsübergang

Anspruch aus § 106 Abs. 3 Nr. 9a BetrVG richtet sich auch nach Betriebsübergang gegen den Veräußerer BAG, Beschluss vom 22.03.2016 – 1 ABR 10/14

DB1209437

S. 1822

Betriebsverfassungsrecht

Objektive Gesundheitsgefahr für Mitbestimmungsrecht des § 87 Abs. 1 Nr. 7 BetrVG erforderlich LAG Nürnberg, Beschluss vom 09.12.2015 – 4 TaBV 13/14

DB1207937

S. 1823

Betriebsverfassungsrecht

Keine Erzwingbarkeit eines Sozialplans ohne konkrete Betriebsänderung**BAG, Beschluss vom 22.03.2016 – 1 ABR 12/14**

DB1209438

S. 1824

Fachtagung Internationale Betriebsstätten**15. November 2016 | Frankfurt am Main****Mit u.a. diesen Themen:**

- Neudefinition des Betriebsstättenbegriffs durch BEPS (Aktionspunkt 7)
 - Zentrale Neuregelungen durch das BMF-Schreiben (VWG BsGa)
 - Praxisfolgen des Zusammenspiels internationaler Vorgaben und nationaler Regelungen
- u.v.m.

Mit u.a. diesen Experten:

- Manfred Naumann, Ministerialrat, Berlin
 - Dr. Gabriele Rautenstrauch, Director, International Tax Services, KPMG AG
 - Dr. Michael Schwenke, Richter am Bundesfinanzhof, I. Senat (Tagungsleitung)
 - Dr. Wolfgang Salzberger, Head of Group Tax, Linde AG
- u.v.a.

**25% Rabatt
für Abonnenten von
DER BETRIEB!**

VERANSTALTUNGSDETAILS

Termin:
15. November 2016 | 8.30 bis 17.15 Uhr

Veranstaltungsort:
Hotel Hilton Frankfurt Airport
Frankfurt am Main

Teilnahmegebühr:
495 € zzgl. MwSt.
Frühbucherpreis bis zum 30.09.2016:
295 € zzgl. MwSt.

25 % Rabatt für Abonnenten von
DER BETRIEB* auf den Normalpreis
* Doppelrabattierungen ausgeschlossen

Information und Anmeldung: www.fachmedien.de/betriebsstaetten | Fon 0211 887-2850 | eMail: veranstaltungen@fachmedien.de

StuB

HOFFMANNS STREIFLICHTER

- 565 **Einseitige Verpflichtungen und Rückstellungsansatz**
WP/StB Prof. Dr. Wolf-Dieter Hoffmann

STEUER- UND BILANZPRAXIS

- 567 **Rückwirkende Bildung einer Rücklage nach § 6c EStG**
Nachträgliche Erhöhung der Gegenleistung sowie Bestimmung des veräußerten Wirtschaftsguts
Richter am BFH Dr. Harald Schießl
- 573 **Mögliche Verstöße gegen das unionsrechtliche Beihilfeverbot in nationalen Begünstigungstatbeständen**
Zentrale Merkmale des steuerlichen Beihilfebegriffs
Dr. Alexander Linn und RA Benedikt Pignot
- 580 **Das Gesetz zur Modernisierung des Besteuerungsverfahrens**
Überblick über praxisrelevante Eckpunkte
Dr. Matthias H. Gehm
- 586 **Grenzüberschreitende Namensnutzung im Konzern – Firma vs. Dachmarke**
Anmerkungen zum BFH-Urteil vom 21. 1. 2016 - I R 22/14
StB/FBStR Stephan Strothenke
- 589 **Sanieren oder Hoffen?**
Anmerkung zum BGH-Urteil vom 12. 5. 2016 - IX ZR 65/14
ORR Thomas C. Wolf

PRAXISFÄLLE












- 592 **Außerplanmäßige Abschreibungen auf Anteile an einem Spezialfonds**
WP/StB Dr. Norbert Lüdenbach

AKTUELL BERATEN

- 593 **Formelle Rechnungsanforderungen: Was heißt „vollständige Anschrift“?**
StB Michael Seifert

KURZNACHRICHTEN

- 595 Rückwirkende Bildung einer Rücklage nach § 6c EStG bei Erhöhung der Gegenleistung aus einer Grundstücksveräußerung
- 595 Einbringung eines Wirtschaftsguts in eine Personengesellschaft gegen Gutschrift auf dem sog. Kapitalkonto II
- 596 Schutz vor Manipulationen an Registrierkassen
- 596 Neue Verlautbarungen des IDW zur Prüfung
- 597 Behandlung von Wirtschaftsgütern des Umlaufvermögens bei Strukturwandel zur Liebhaberei und Gewinnermittlung durch Einnahmen-Überschussrechnung
- 597 Verpächterwahlrecht bei teilentgeltlicher Veräußerung
- 597 Generationen- und betriebsübergreifende Totalgewinnprognose bei Übertragung eines Forstbetriebs unter Nießbrauchsvorbehalt
- 598 BVerfG lehnt Beschwerden bezüglich Altersvorsorgeaufwendungen ab
- 599 Verfassungsmäßigkeit des Alterseinkünftegesetzes
- 600 Rückzahlung von Arbeitslohn durch beherrschenden Gesellschafter-Geschäftsführer
- 600 Aufwendungen eines Arbeitnehmers für die Feier eines Dienstjubiläums
- 600 Bundesratsinitiative zur Reform der Grundsteuer
- 601 EuGH-Vorlage zu den Anforderungen an eine zum Vorsteuerabzug berechtigte Rechnung
- 602 Vorsteuerabzug einer geschäftsleitenden Holding
- 602 Umsatzsteuerrechtliche Beurteilung von Sale-and-lease-back-Geschäften
- VIII Impressum

- | | | | |
|---|----------------------|---|-------------------|
|  | Merksatz |  | Siehe auch |
|  | Literatur |  | Community |
|  | Weblink |  | Quelle |
|  | Informationen |  | Video |
|  | Audio |  | Galerie |
| | |  | Berechnung |

GStB Gestaltende Steuerberatung

Steuerplanung · Steueroptimierung · Gestaltungsmodelle



Ihr Plus im Netz: gstb.iww.de | S. 273 – 308
Online | Mobile | Social Media



08 | 2016

Kurz informiert

- Gleitende Generationennachfolge: Keine Aufdeckung stiller Reserven! 273
Umzugskosten trotz Zeitersparnis unter einer Stunde abziehbar 273

Immobilien

- Betriebliche Bauten auf „Ehegattengrundstücken“:
BFH setzt völlig neue Akzente 274

Kapitalgesellschaften

- Die „scheinote“ GmbH: Gesellschafter wird wegen Löschung
nicht von seiner Darlehensschuld befreit 277

Gesetzgebung

- Geplante Änderungen für „Finanzunternehmen“ –
Fluch oder Segen für die Beratungspraxis? 280

Wichtige Steueränderung zum Jahreswechsel

- Neue Umsatzsteuer der öffentlichen Hand:
Es besteht dringender Handlungsbedarf! 283

Betriebsprüfung

- Die Limousine des Bankvorstands als Steuersparmodell –
ein Praxisfall 287

Steuerberater in eigener Sache

- Ansprüche des Erben gegen den Steuerberater des Erblassers 295

Verlustverrechnung

- Berechnung des ausgleichsfähigen Verlusts beim
Ausscheiden eines Kommanditisten 300

Beiträge · Aufsätze · Berichte



Dr. Matthias Trennt
Das Erlöschen von Zollschulden.....229

Dr. Ulrich Möllenhoff
Prozessumstellungen durch UZK.....235

Dr. Carsten Weerth
Testphasen nach Artikel 282 UZK.....239

Marcus Hellmann
Drei Jahre bekannter Versender.....240

Marc Bernitt/Ute Saavedra Olarte
Zusätzliche Zollersparnisse durch erweiterte Nutzung von Allgemeinen Präferenzsystemen.....245

Dr. Klaus Pottmeyer
Die neuen Endverbleibserklärungen.....248

RechtsprechungsReport

Prof. Dr. Christoph Graf von Bernstorff
Eintreiben geringfügiger Forderungen in der EU.....253

Prof. Dr. Christoph Graf von Bernstorff
EuGH zur Haftung von GmbH und Limited.....255

Klaus Vorpeil
OGH: Vertragsaufhebung nach UN-Kaufrecht.....257

Klaus Vorpeil
OGH: Internationale Vollstreckung eines Schiedsspruchs.....258

Aus- und Weiterbildung

Prof. Dr. Christoph Graf von Bernstorff
Zahlungssicherung im Export.....261

Impressum

228, 260

Nachrichten, Seminare, GesetzgebungsReport, Stellenmarkt

finden Sie im „AW-Prax Newsticker“ als separate Ergänzung zum Heft >>>



Beilagenhinweis:

Dieser Ausgabe liegen Beilagen der AVVA und des Bundesanzeiger Verlags bei. Wir bitten unsere Leser um Beachtung.

AW-Prax Außenwirtschaftliche Praxis

Herausgegeben in Verbindung mit dem Europäischen Forum für Außenwirtschaft, Verbrauchsteuern und Zoll e.V. (EFA)

Schriftleitung

Prof. Dr. Hans-Michael Wolfgang; redaktion@aw-prax.de, Anschrift wie Verlag

Redaktion Außenhandelsrecht

Prof. Dr. Christoph Graf von Bernstorff, Rechtsanwalt redaktion@aw-prax.de, Anschrift wie Verlag

Redaktion Exportkontrollrecht

Dr. Klaus Pottmeyer, Rechtsanwalt redaktion@aw-prax.de, Anschrift wie Verlag

Redaktion Zollrecht

Prof. Dr. Peter Witte (stellvertretender Schriftleiter) redaktion@aw-prax.de, Anschrift wie Verlag

Herausgeberbeirat

- Prof. Dr. Dirk Ehlers, Zentrum für Außenwirtschaftsrecht e.V.
- Carsten Fischer, Präsidialmitglied der Bundessteuerberaterkammer und Präsident des StBK Niedersachsen
- Volker Hahn, Ministerialdirigent a.D.
- RA Klaus John, Zentralverband Elektrotechnik- und Elektroindustrie e.V. (ZVEI), Frankfurt
- Jan Jost, Bundesverband der Deutschen Industrie e.V. (BDI), Berlin
- RA Jutta Knell, Bundesverband Spedition und Logistik e.V. (BSL), Bonn
- RA Olaf Kreuzer, Freiburg, Außenwirtschaftsrunde e.V.
- RAin Claudia Kurz, Verband der chem. Industrie e.V., Frankfurt
- RA Michael Lux, Brüssel
- Dr. Anton Mairinger, Hofrat des Verwaltungsgerichtshofs, Wien
- Bianca Meitzner, Deutscher Industrie- und Handelskammertag (DIHK), Berlin
- Dr. Klaus-Peter Müller-Eiselt, Vors. Richter am Bundesfinanzhof a.D., München
- Prof. Dr. Burghard Piltz, Rechtsanwalt, Hamburg
- Dr. Alexander von Portatius, Ministerialrat a.D., ehemals Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie, Bonn
- Prof. Dr. Achim Rogmann LL.M. (Murdoch), Brunswick European Law School an der Ostfalia Hochschule für angewandte Wissenschaften, Wolfenbüttel
- Olaf Simonsen, Vizepräsident a.D. ehemals Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle, Eschborn
- Dr. Bettina Vogl-Lang, Bundesministerium für Finanzen, Wien
- Prof. Dr. Walter-Michael Summersberger, Universität Linz
- Stefan Wengler, Dipl.-Volksw., Außenhandelsvereinigung des Deutschen Einzelhandels e.V. (AVE), Köln
- Oliver Wieck, ICC Germany e.V., Berlin

Ständige Mitarbeiter

- Dr. Susanne Aigner, Europäische Kommission, Brüssel
- Stephan Alexander, Richter am Finanzgericht Düsseldorf
- Marianne Bamberger, München
- Dr. Kai Henning Felderhoff, AWB Rechtsanwaltsgesellschaft mbH, Münster
- Prof. Dr. Dr. h.c. (UA) Lothar Gellert, Hochschule des Bundes, Münster
- Prof. Dr. Reginhard Henke, Hochschule des Bundes, Münster
- Serge Gurny, Eidg. Oberzolldirektion, Bern
- Hans-Joachim Kampf, Dipl.-Finanzwirt, Hochschule des Bundes, Münster
- Dr. Thomas Möller, Oberregierungsrat, Hauptzollamt Osnabrück
- Karl-Heinz Palmes, Regierungsoberamtsrat beim Statistischen Bundesamt – Gruppe Außenhandel, Wiesbaden
- Willi Vögela, Leitender Regierungsdirektor a.D., Freiburg i. Br.
- Klaus Vorpeil, Rechtsanwalt, Bad Kreuznach
- Dr. Carsten Weerth, Dipl.-Finanzwirt, BSc. (Glasgow), LL.M., MA, Hauptzollamt Bremen